

09 **Erziehung** 2017 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. September 2017

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

EW

EuW hat Fragen gestellt: zu Bildungsfinanzierung und Reformbedarf, zu Kinderbetreuung, zum BAföG, zu Weiterbildung und Krankenversicherung.

Und EuW hat Antworten bekommen: die vier Spitzenkandidaten der derzeit im Bundestag vertretenen Landesparteien haben für sich und ihre Parteien Bilanz gezogen und haben Farbe bekannt.

Und das wird hoffentlich dabei helfen, am **24. September** eine kluge Wahl zu treffen, und dazu ermutigen, seine Stimme abzugeben.

▣ **Aktuell:**

Start ins neue Bildungsjahr
Lehrerbildung
digitaler „Kummerkasten“

▣ **Titelthema:**

Bundestagswahl
und Bildung – Spitzenkandidaten befragt

▣ **Tarif + Recht:**

Daniel Merbitz im Interview

▣ **Jugendhilfe + Sozialarbeit:**

KiFöG-Novelle
Tarifabschlüsse
bei freien Trägern

▣ **Bildungspolitik:**

Privatisierung von Schulen





Prof. Dr. Hans-Dieter Klein,
verantwortlicher Redakteur der EuW

Kommentiert: Wählt den Dieb?

Seit drei Wochen wird bei uns wieder organisierter Diebstahl betrieben: Diebstahl an Bildung und damit an Lebens Einkommen und positiver Perspektive. Organisiert deshalb, weil seit Jahren die Vorbereitungen dafür bundesweit mit einem gehörigen Anteil aus Sachsen-Anhalt getroffen wurden. Seit der Jahrtausendwende wurde auf der Grundlage von als Gutachten getarnten Schüllerrückgangsszenarien der Lehrkräftebedarf niedriggerechnet, wurden Studienplätze gestrichen, der Schulbau minimiert und damit direkt das jetzige Chaos vorbereitet.

Wäre es nach den Visionen der Finanz- und Kultusminister aller Herren Bundesländer gegangen, müsste jetzt jeder zweite Schulstuhl leer geblieben sein und eine Horde arbeitsloser Lehrerinnen und Lehrer die letzte Schule in den entlegensten Gebieten des Landes besetzen, um überhaupt Arbeit zu finden.

Das Gegenteil ist eingetreten: Es fehlen nicht nur Lehrkräfte, sondern auch Schulstühle. Während letztere relativ leicht zu beschaffen sind, finden sich die dafür passenden Klassenzimmer schon nicht so schnell. Mit dem Lehrkräftenachwuchs sieht es schlechter aus als je zuvor, und diese Tendenz wird sich noch einige Jahre verstärken. Kurzfristige Lösungen sind für alle Bundesländer nicht in Sicht.

In dieser Situation funktioniert selbst die „Haltet-den-Dieb-Taktik“ nicht mehr. Man kann zwar mit dem schlechten Gedächtnis von Wählerinnen und Wählern auf vielen Feldern rechnen, aber so schnell wird hoffentlich nicht vergessen, dass der Aufschlag von Kultusminister Olbertz (CDU) und Finanzminister Paqué (FDP) gemacht wurde und danach Finanzminister Bulterjahn und Kultusminister Dorgerloh (beide SPD) noch einen Sparzahn zulegten. Schließlich sind die Minister Tullner und Schröder (beide CDU) gerade dabei, durch leere Versprechungen und unzureichendes Handeln den Wagen immer noch tiefer in den Schlamm zu ziehen. Nicht vergessen sollte man, dass der sich gern als Landesvater gebende Ministerpräsident Haseloff (CDU) die ganze Zeit Mitglied des Landeskabinetts und des Landtages war.

Wer soll also die Sache richten? Gegenseitige Schuldzuweisungen führen unter denen, die die Verantwortung trugen und tragen, nicht weiter. Das Recht zur Kritik hätte nur die Opposition, wobei Recht gehabt zu haben auch nicht weiter hilft. Es bedarf einer konzertierten Aktion, bei der endlich auch die konstruktiven Vorschläge der LINKEN und GRÜNEN und nicht zuletzt der Volksinitiative einschließlich der GEW aufgegriffen werden.

Leider lässt das Agieren der Landesregierung in den Wochen vor dem Schuljahresbeginn nicht erwarten, dass sie in der Lage ist, eigene Kräfte zu mobilisieren. Halbherzigkeit und Festhalten an der Sparpolitik, bürokratisches Versagen und Wahlkampfgetöse im Vorfeld der Bundestagswahl prägen das Bild. Die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen werden so zur Spielmasse der Politik.

Da stellt man sich zu Recht die Frage, wie man bei Wahlen mit den Bildungsdieben umgehen soll. Darüber muss man nachdenken und kluge Menschen werden auch zu einem Ergebnis kommen, das zu einer geänderten Bildungspolitik ohne Diebstahl an der Zukunft der Kinder und Jugendlichen führen kann. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass sich auch bisherige Bildungsdiebe läutern lassen. Man muss ihnen allerdings auch deutlich machen, dass diese Möglichkeit einen Politikwechsel voraussetzt.

..... Hans-Dieter Klein

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Wählt den Dieb?	2
Zu Beginn eines neuen Bildungsjahres: Ruferin in der Wüste und starke Interessenvertreterin	3
Anhörungen zur Lehrerbildung: Konstruktive GEW-Kritik an Neugestaltungsabsichten	4
Bildungsschuldenuhr der GEW: Über 40 Millionen Euro bei Lehrkräften gespart	5
Schulleiterinitiative gegen Kaputtsparen: Dürftige Reaktion des Ministers	5
Schuljahresbeginn: Als Wünschen noch geholfen hat	6
Vorlesetag der „Stiftung Lesen“: Kollegium setzt Zeichen des Protestes	6
Interkulturelle Woche: Bildung als integralen Aspekt diskutieren	6
Kindertagesbetreuung: KiFöG-Novelle spaltet Koalition	7
Freie Träger der Jugendhilfe: Erfolgreiche Tarifabschlüsse für Erzieher*innen	7

Titel-Thema: „Bundestagswahl und Bildung“

Bundestagswahl und Bildung: Spitzenkandidaten der Landeslisten der Bundestagsparteien befragt	8
Heike Brehmer (CDU)	8
Burkhard Lischka (SPD)	10
Dr. Petra Sitte (DIE LINKE)	11
Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung: Interaktives Wahltool und Unterrichtsmaterial	13

Tarif + Recht

Tarifarbeit in Land und Bund: Mitglieder von Anfang an beteiligen!	14
--	----

Bildungspolitik

Kritik neoliberaler Bildungsreformen: Die Privatisierung des Bildungswesens ist ein Irrweg	16
--	----

Bildungsangebote

23. Bildungstag des GEW-K Jerichower Land: „Beruf Lehrer*in/Erzieher*in – Traum oder Albtraum?“	17
Nachschlag: Ein großes Ereignis	20



Zu Beginn eines neuen Bildungsjahres:

Ruferin in der Wüste und starke Interessenvertreterin

Beim Kramen in alten Unterlagen habe ich ein Papier gefunden. Es ist von 1998. Eintaused Studienplätze für Lehrerinnen und Lehrer hat die GEW damals gefordert und das mit den entsprechenden Bedarfen begründet. In Zeiten des scheinbaren Lehrkräfteüberhangs an Morgen denken? Für die damalige Landesregierung war das offensichtlich außerhalb jeder Vorstellungskraft. Inzwischen, fast 20 Jahre später, kommt die Expertengruppe zur Berechnung des Lehrkräftebedarfs beim Bildungsministerium zu fast dem selben Ergebnis – mindestens zehn Jahre zu spät und angesichts der Erfahrungen in der Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt jetzt auch mit zu geringen Zahlen.

Was macht man als „Ruferin in der Wüste“ angesichts der Situation? Man ruft weiter! Die GEW setzt weiterhin auf konstruktive Kritik, ist ungeduldig, deckt Missstände auf und macht vor allem Vorschläge. Die Mischung von Expertise und engagierten Kolleginnen und Kollegen vor Ort macht uns stark und hilft Ideen durchzusetzen, wenn es auch manchmal quälend lange dauert.

Die Unterrichtsversorgung sichern ...

Bildungsminister Tullner hat es sich gegönnt, zum Schuljahresbeginn in Schulen zu gehen. Es gab ein straffes Programm, Gespräche mit Lehrkräften waren nicht vorgesehen, dafür Selfis mit Schülerinnen und Schülern. Es sei ihm gegönnt, der erste Schultag ist immer ein Ereignis mit Bauchkribbeln in den Schulen. Jetzt sollte aber Schluss sein mit den Potemkinschen Dörfern. Die Unterrichtsversorgung ist mangelhaft; noch kennt man nicht den genauen Stand, weil sich der Minister zu Schuljahresbeginn um die Zahlen gedrückt hat. Es gibt Schulen, die sind mit 101 Prozent Versorgung hoch zufrieden, weil sie erstmal vernünftig starten können, wohl wissend, dass die erste Krankheit einer Lehrkraft das System durcheinanderbringt. Andere haben nicht das Glück und beginnen von vornherein mit Unterrichtskürzungen. Lösungen sind derzeit nicht in Sicht. Und hier beginnt die ernsthafte Kritik am Bildungsministerium. Es gibt dort keinen Plan. Der vorigen Landesregierung – übrigens eine aus CDU und SPD (!) – muss man die unsäglichen Kürzungen beim Personal vorwerfen, der jetzigen Tatenlosigkeit statt Regieren. Es gilt das Prinzip Hoffnung: Vielleicht kommt ja alles nicht so schlimm. Die GEW erwartet, dass der Minister jetzt konkrete Maßnahmen ergreift. Dazu wird zusätzliches Geld notwendig sein und es gibt möglicherweise auch keine kurzfristigen Lösungen.

... mit einem Bündel von Maßnahmen

Dass die konkreten schulscharfen Ausschreibungen ein flexibles Reagieren bei den Einstellungen eher behindern als fördern, hat sich inzwischen bis ins Ministerium rumgesprochen.

Aber auch das Schulamts hat Hausaufgaben zu machen. Noch immer wird jungen Kolleginnen und Kollegen, die die erste angebotene Stelle ablehnen, keine zweite offeriert. Insgesamt wurden etwa 100 Bewerberinnen und Bewerber, auch mit Lehramt, abgelehnt, wie aus einer kleinen Anfrage der LINKEN hervorgeht. Sie „passten nicht“ auf die Stellen.

Dieses Land muss um jede Lehrkraft werben, Lehrkräfte mit ausländischen Abschlüssen gehören mehr denn je dazu.

Entgegen allen Behauptungen gibt es kein Seiten- und Quereinsteigerprogramm, das diesen Namen verdient. Das Ministerium überlässt die Qualifikation bzw. besser die Hilfe in der Not für diese Kolleginnen und Kollegen den Schulen selbst. Dazu kommen ein paar zufällige Kurse im LISA. Die GEW fordert hier eine systematische Weiterbildung, sowohl fachlich, da wo es notwendig ist, als auch und vor allem in didaktischen Fragen. Die Weiterbildung muss mit einer vollständigen Lehramtsqualifikation abschließen und selbstverständlich innerhalb der Arbeitszeit stattfinden. Nur mit dem Angebot einer echten Perspektive gewinnt man neue Lehrkräfte. Heuern, dann allein lassen und wieder feuern, oft in der Probezeit, nützt keinem, am allerwenigsten den Schulen und unseren Kindern. Trotz aller Schwierigkeiten mit der Unterrichtsversorgung, um Abhilfe zu schaffen, muss erstmal investiert werden, auch indem man Seiten- und Quereinsteigern die Zeit gibt, den Job zu lernen.

Das Ministerium setzt auf freiwillige bezahlte Mehrarbeit, konnte man den Schlagzeilen entnehmen. Das zeugt nicht von besonders viel Sachkenntnis. Neben den bestehenden rechtlichen Regelungen müsste vor allem die Vergütung für eine Mehrarbeitsstunde schnellstens verdreifacht werden. Warum sollte eine Lehrkraft, die sowieso an der Belastungsgrenze arbeitet, für eine Vergütung, die weit unter dem Wert einer Lehrerstunde liegt, freiwillig mehr arbeiten? Dabei wird offensichtlich nicht in Betracht gezogen, dass Lehrkräfte nach dem Flexi-Erlass ohnehin bis zu vier Stunden wöchentlich mehr oder weniger eingesetzt werden können. Im vergangenen Schuljahr sind dadurch viele sogenannte Mehrstunden entstanden, die im laufenden Schuljahr nach den derzeitigen Regelungen abgegolten werden müssen. Ein Tarifvertragsangebot der GEW, hier über Arbeitszeitkonten und damit auch über Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten zu reden, wurde sowohl vom Bildungsministerium als auch vom Finanzministerium ignoriert. Auch das ist eine Fehlentscheidung. Diskutiert werden muss auch, ob nicht für Lehrkräfte, die bereit sein sollen, Stellen in scheinbar nicht so attraktiven Schulen des Landes anzunehmen, zusätzliche Anreize geschaffen werden. Das muss nicht immer billiges Bauland sein. Es kann auch um Stundenermäßigungen oder mehr Geld gehen. Auch dort haben die Schülerinnen und Schüler ein Recht auf Unterricht und das Bildungsministerium die Pflicht, diesen abzusichern.

Die Lehrerbildung aufstocken ...

1.000 bis 1.100 lehramtsbezogene Studienplätze, so die Expertenkommission, sind mindestens notwendig, um genügend Lehr-

kräfte für 2025 zu haben. Das ist aus Sicht der GEW zum jetzigen Zeitpunkt zu wenig. Nicht alle Lehramtsstudierenden bleiben in Sachsen-Anhalt. Dazu kommt, dass Schulen mehr Reserven für ihre neuen Aufgaben brauchen: für die Umsetzung der Inklusion, für die Förderung jedes Kindes, für Sprachunterricht, für die Umsetzung der Digitalisierung an den Schulen. Es greift zu kurz, nur über einen einfachen Ersatz von Lehrkräften nachzudenken und möglichst punktgenau für die nächsten 20 Jahre Voraussagen treffen zu wollen.

... und verändern

Natürlich geht es nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität. Die vorige Landesregierung hatte vorgeblich kein Geld, um über die Ausbildung von Lehrkräften nachzu-



Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt

Zum Schuljahresanfang: Digitaler „Kummerkasten“ geschaltet

(EuW) Zum Start des neuen Schuljahres sieht die GEW Sachsen-Anhalt weitere massive Verschlechterungen in der Unterrichtsversorgung auf die Schulen des Landes zukommen. Mehr als ein Viertel der ausgeschriebenen Stellen konnte nicht besetzt werden, gleichzeitig steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Die GEW schaltet einen digitalen „Kummerkasten“, damit alle Betroffenen über die Zustände an den Schulen direkt berichten können.

Entgegen der langjährigen Tradition verschob das Bildungsministerium die Vorstellung der Basisdaten zum neuen Schuljahr auf einen späteren Zeitpunkt. Für Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, ist dies ein weiteres Zeichen des absehbaren Desasters: „Erstmals droht eine Situation, in der auch auf dem Papier die Unterrichtsversorgung unter 100 Prozent liegt, in der also auch ohne Krankheit, Mutterschutz, Fortbildung von Lehrkräften Unterricht ausfallen wird.“ Minister Tullner wisse sehr genau, warum er mit den Zahlen hinter dem Berg halte.

„Steigende Schülerzahlen, weniger Lehrkräfte, immer mehr Krankheitsfälle durch Überlastung – das ist die Realität an den Schulen. Dies lässt sich auch durch Rechenricks nicht ins Positive kehren“, sagte Gerth weiter. Mit dem „digitalen Kummerkasten“ wolle man allen Betroffenen, also Eltern, Lehrkräften, aber auch den Schülerinnen und Schülern, die Möglichkeit geben, ihre Eindrücke vom Schuljahresstart und der Unterrichtsversorgung öffentlich zu machen. Der Kummerkasten ist unter www.gew-sachsenanhalt.net/blog erreichbar und kann auch anonym genutzt werden. Dabei werden alle datenschutzrechtlichen Normen beachtet. Über die eingehenden Fakten wird die GEW die Öffentlichkeit, aber auch die politisch Verantwortlichen in geeigneter Weise in Kenntnis setzen.

denken. Bringt man jetzt eine Verlängerung und qualitative Aufwertung u.a. der Ausbildung von Grundschullehrkräften ins Spiel, so hört man, dass man es sich aus Gründen der Unterrichtsversorgung nicht leisten könne, auf zehn Semester umzusteigen. Dann stünden vielleicht irgendwann keine Absolventen zur Verfügung. Nach der ersten Verblüffung ob der Argumentation macht sich Ungeduld breit, die in der Frage mündet: Ja, wann wollt ihr denn anfangen?

Abgesehen von Übergangsregelungen, schon die Erfahrung mit bisherigen Veränderungen in der Lehrerbildung zeigt, dass die Annahme nicht stimmt. Hier hat der „Ruferin in der Wüste“ Mitstreiterinnen und Mitstreiter an den Universitäten – leider nicht in dem zuständigen Ministerium. Den langen Atem braucht er offensichtlich trotzdem. Es geht uns um die Verlängerung des Studiums für Grundschullehrkräfte auf zehn Semester, verbunden mit erweiterten Inhalten. Neben den drei Grundschulfächern →

→ sollten eine förderpädagogische Fachrichtung studiert werden können oder Deutsch als Zweitsprache oder Sozialpädagogik. Und eine vernünftige Ausbildung muss dann auch ordentlich bezahlt werden. A 13/E 13 für Grundschullehrkräfte – Berlin macht vor, dass es geht. Auch hier muss investiert werden in eine Lehrerbildung mit Zukunft. Und manches ist einfach nur vernünftig, wie die Etablierung eines Lehramtes für die Sekundarstufe I und II. Die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen für die Sekundarschule und das Gymnasium treffen sich sowieso in den fachlichen Seminaren an der Uni. Zwei Lehrämter werden hier nicht gebraucht, das schafft immer wieder zusätzliche Schwierigkeiten, u.a. bei der Verbeamtung und beim Einsatz. Gute fachliche und didaktische Grundlagen brauchen wir für unsere Arbeit mit Schülerinnen und Schülern, egal an welcher Schulform. Auch hier gibt es kaum eine Reaktion aus dem Wissenschaftsministerium. Es ist immer nur die kleine Lösung, die gefunden und mit der mutlos agiert wird. Ansonsten wird abgewinkt: „Bitte keine zusätzlichen Diskussionen!“

Kein Wahlkampf mit dem KiföG ...

Die Diskussion um die Kinderbetreuung hin-

gegen war schon mal losgebrochen. Leider lag der Grund im Wahlkampf, es gab aber immerhin konkrete Vorschläge. Die Debatte war jedoch schnell wieder zu Ende. In „Kenia“ will man sich im Wahlkampf offensichtlich nicht gegenseitig stören. Das ist scheinbar sogar dem Ministerpräsidenten ein Machtwort wert – das man an anderen Stellen vermisst. Die Novelle des Gesetzes wird jedenfalls auf „nach der Bundestagswahl“ verschoben. Das schafft doch echtes Vertrauen in die Verfasser der Gesetzesänderung: Nur keine Fakten, die Diskussionen hervorrufen könnten.

... Veränderungen sind notwendig

Kitas und Horte sind Bildungseinrichtungen. Das heißt, Erzieherinnen und Erzieher müssen Zeit für Bildung haben. Diese Zeit muss bei der Novelle des KiföG eine wichtige Rolle spielen. Dabei geht es einerseits um mehr Zeit für jedes Kind, also um die Verbesserung des Personalschlüssels, aber auch um die Arbeitszeit unserer Kolleginnen und Kollegen, innerhalb der künftig alle Aufgaben machbar sein müssen. Einerseits um die Berücksichtigung von Krankheits- und Fortbildungstagen bei den Personalausweisungen, andererseits um Zeit für Vorbereitung und Nachbereitung, für Elterngespräche und Absprachen, für Leitungstätigkeit.

Die GEW hat ihre Forderungen zur Novelle des KiföG formuliert und den Verantwortlichen übergeben, auch das schon vor längerer Zeit. Auch hier geht es ums Geld, um Investitionen in Bildung.

Kampf um bessere Arbeitsbedingungen

Bei allen inhaltlichen Auseinandersetzungen um Unterrichtsversorgung, Lehrerbildung, Veränderungen im KiföG und weiteren Fragen – es darf nicht vergessen werden, dass Bildung von Menschen gemacht wird. Deren Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Das ist eine wichtige, die wichtigste Forderung der Bildungsgewerkschaft. Gute und gerechte Bezahlung, keine Arbeitszeitverdichtung, sondern Zeit für Bildung, Abbau von Belastungen und Schaffung von Bedingungen, mit denen man die ungekürzte Rente bzw. Pension erreichen kann, unbefristete Verträge für Daueraufgaben. Die GEW hat auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz im September 2016 einen Kodex für gute Arbeit beschlossen. Wir werden dafür kämpfen, dass er zum Maßstab in allen Bildungseinrichtungen wird. Wir wollen aber auch verhandeln und mitgestalten. Wir werden weiterhin vordenken und ungeduldig sein.

Eva Gerth

Anhörungen zur Lehrerbildung:

Konstruktive GEW-Kritik an Neugestaltungsabsichten

Kurz vor bzw. in den Sommerferien wurde der GEW Gelegenheit gegeben, zu zwei wichtigen Dokumentenentwürfen der Lehrerbildung Stellung zu nehmen. Es gab eine Anhörung zur „Veränderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Laufbahnprüfung für ein Lehramt im Land Sachsen-Anhalt (LVO-Lehramt)“ und eine weitere zur „Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an allgemein bildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt“.

Trotz der unangemessenen und in anderen Verwaltungsvorgängen völlig ungewöhnlichen gesetzten kurzen Fristen, nahm die GEW am Anhörungsverfahren teil.

Veränderung des Vorbereitungsdienstes

Die GEW schätzte ein, dass die zur Anhörung vorliegende Veränderung der benannten Verordnung einem sachfremden Zweck folgt. Es geht um in ihrer Wirkung zweifelhafte Veränderungen, namentlich die Erhöhung der Anzahl der eigenverantwortlich zu erteilenden Unterrichtsstunden durch die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Nicht qualitative Reformbemühungen für eine Verbesserung der Ausbildung in der zweiten Phase, sondern eine quantitative Aufstockung mit dem Ziel, den Lehrkräftemangel zu vermindern, ist der Kern der Änderung. Damit ist eine Mehrbelastung für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst verbunden. Eine avisierte Entlastung durch den Wegfall der schriftlichen Arbeit wird erst in der Qualifizierungsphase wirksam und hat somit zu Beginn des Vorbereitungsdienstes keinerlei kompensierende Wirkung. Bei vollumfänglicher Anrechnung dieses Arbeitsvolumens auf die Unterrichtsversorgung der Schulen ist zu befürchten, dass es an den Schulen kaum mehr Reserven für eine begleitende und unterstützende Betreuung

der LiV gibt. Die absehbaren Probleme bei Überlastung und Ausfall können dazu führen, dass es für die Schulen zunehmend unattraktiv wird, LiV aufzunehmen. Ebenso steigt die Belastung für die Mentorinnen und Mentoren an den Schulen.

Aus der Sicht der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und der GEW gehen die vorgesehenen Änderungen massiv zu Lasten der Qualität der schulpraktischen Ausbildung und sind als politisch motiviertes Grundanliegen abzulehnen. Selbst wenn man auf dem Standpunkt stehen würde, dass sich die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst so besser beweisen könnten, müsste zumindest über eine Ausweitung der Beratungsfunktion der staatlichen Seminare nachgedacht werden. Davon ist jedoch in der vorliegenden Verordnung nichts zu finden. Der Nebeneffekt, die Ausbildung in die Fläche zu verlagern, der aus der Korrektur des Unterrichtsangebots in unterversorgten Gebieten resultiert, gehorcht der Not und kann nicht als Tugend gewertet werden. Eine wirkliche Verlagerung in die Fläche bedarf entsprechender personeller Voraussetzungen zur Betreuung und der Eröffnung weiterer Seminarstandorte.

Seiten- und Quereinstieg dürfte geregelt

Die in der Verordnung angelegte Schaffung von Voraussetzungen für die Ausbildung von Seiten- und Quereinsteigern gehorcht ebenfalls der Not, ist aber längst überfällig. Die Kapazität von der Bereitstellung eines Stellenpools abhängig zu machen, wirkt antiquiert. Während in der bisherigen Fassung detaillierteste Festlegungen über Quantitäten der Ausbildung enthalten sind, wird nun eine Ermächtigung erteilt. Umfang, Ort und Art der Zusatzausbildung für die Quereinsteiger sind völlig offen. Für die Bewältigung der einzelnen Studien- und Prüfungsanteile bedarf

es aus Sicht der GEW einer klaren Regelung und Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Seminaren und Ausbildungsschule. Außerdem, so die Forderungen der GEW, sind für Quereinsteiger Entlastungen vorzusehen, um Kapazitäten für die Zusatzausbildung zu schaffen. Für ein entsprechendes Ausbildungskonzept fehlt bislang die notwendige inhaltliche Rahmensetzung durch das Bildungsministerium, wurde kritisiert.

Erstmalig wird ein berufsbegleitender Vorbereitungsdienst erwähnt, was auch der Option des Seiteneinstiegs entsprechen könnte. Näheres fehlt und müsste zumindest mit einem Verweis auf eine (noch fehlende) Seiteneinsteigerregelung versehen werden.

Einphasigkeit denkbar?

Abschließend heißt es in der GEW-Stellungnahme: „Mit den Erfahrungen einer einphasigen Lehramtsausbildung versehene Lehrkräfte stellen immer wieder die Zweiphasigkeit in Frage.“

Mit den jetzt angedachten Veränderungen hin zu immer mehr eigenverantwortlichem Unterricht von Beginn an, mit Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst unter den allgemeinen Bedingungen des Vorbereitungsdienstes, mit Seiteneinstieg mit hoher Unterrichtsbelastung und nachholender seminaristischer Ausbildung, nähert sich inhaltlich und organisatorisch die Ausbildung de facto der Einphasigkeit an. Es dürfte lediglich an einem größeren schulpraktischen Anteil in der Ersten Phase fehlen.

Eine wirkliche Reformbereitschaft vorausgesetzt, ergäbe sich aus dieser Tatsache die Möglichkeit, sofort nach der 1. Staatsprüfung in den Schuldienst zu angemessenen Konditionen eingestellt zu werden, eine Qualifikation zu vereinbaren und damit tatsächlich der Schule in Sachsen-Anhalt zur Verfügung zu stehen.

➔ Eine Wahloption zwischen diesen Wegen, wäre ebenso gangbar. Über arbeits- bzw. beamtenrechtliche Regelungen ist die GEW bereit zu beraten und zu verhandeln.“

Erste Phase erneuert, aber GEW will mehr

Im Rahmen der Anhörung zum Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter äußerte die GEW sich vielfach zustimmend. Grundsätzliche Änderungen sind notwendig und deshalb wurde formulierten inhaltlichen Grundanliegen gefolgt. Dies sind im Einzelnen:

„Ausgehend von den gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden gesellschaftlichen Herausforderungen wurden von der Kultusministerkonferenz (KMK) die Standards für die Lehrerbildung in den Bildungswissenschaften, Fachwissenschaften und Fachdidaktiken hinsichtlich der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen in den Bereichen

Inklusion, Heterogenität und Interkulturalität überarbeitet.

Mit Bezug auf das Strategiepapier der KMK „Bildung in der digitalen Welt“ (KMK-Beschluss vom 8.12.2016) werden derzeit in der Bildungsadministration Anforderungen an die Lehrerbildung im Bereich des digitalen Lehrens und Lernens formuliert.

Die in den einschlägigen Beschlüssen der KMK vereinbarten Standards bilden die Grundlage für die inhaltliche Ausgestaltung der universitären Lehrerbildung. Das bedeutet, dass sowohl die Modulkonzepte als auch die entsprechenden Lehrveranstaltungen so auszugestalten sind, dass den zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern in den genannten Bereichen wissenschaftlich fundierte Kenntnisse und didaktische Fähigkeiten vermittelt werden.“

Über die Ausgestaltung der Studiengänge gibt es jedoch Dissens. Das trifft insbesondere auf das Lehramt für Grundschulen zu, jedoch könnte auch bei den anderen Lehrämtern

über Veränderungen nachgedacht werden. Insofern geht die Stellungnahme der GEW über die vorgelegte Änderung hinaus.

Nach Auffassung der GEW sollte ein Lehramt für die Primarstufe in einem Gesamtumfang von 300 ECTS-Punkten studiert werden können, das weiterhin die bisherigen Ausbildungsinhalte für das Lehramt an Grundschulen für drei Fächer (Deutsch, Mathematik und ein weiteres Fach der Stundentafel im Primarbereich) umfasst und zusätzlich die Ausbildungsinhalte für eine rehabilitationspädagogische Fachrichtung (vorzugsweise LB, Sprache oder Verhalten) oder für interkulturelle Erziehung einschließlich Deutsch als Zweitsprache oder für Sozialpädagogik beinhaltet. Für diese Laufbahn soll im Landesbesoldungsgesetz ein neues Amt in der Besoldungsgruppe A13 ausgebracht werden. Insofern geht der Ansatz der GEW über die Variante eines achtsemestrigen Studiums (240 ECTS) des Lehramtes für Grundschulen hinaus.

Hans-Dieter Klein

Bildungsschuldenuhr der GEW:

Über 40 Millionen Euro bei Lehrkräften gespart

Ein Jahr ist sie nun gelaufen, unsere Bildungsschuldenuhr. Am 30. September wird sie bei ca. 40 Millionen Euro stehen. Was sagt diese Zahl aus und wie sicher ist sie?

Rückblick: Zum Beginn des letzten Schuljahres haben wir die absoluten Unterrichtsausfallzahlen des Schuljahres davor genommen und damit unsere Schuldenuhr „gefüttert“. Sie zeigte damit an, wie viel Geld das Land Sachsen-Anhalt hätte ausgeben müssen, damit es zu keinem Unterrichtsausfall gekommen wäre. Unbestritten waren die Ausfälle des letzten Jahres erheblich höher als im Jahr davor, so dass die eingesparten Gelder mit Sicherheit weit höher als die angezeigten 40 Millionen Euro waren.

Einige meinen nun, Unterrichtsausfall gab es schon immer, das sei alles nicht so schlimm. Dem muss man heftig widersprechen. Zum Einen rechnet die Landesregierung fest damit, dass die Lehrkräfte alles tun, um Ausfälle

zu vermeiden, weil ihnen ja die Kinder und Jugendlichen wichtig sind. Zehntausende Mehrstunden und die höchste Zahl der neu langzeiterkrankten Lehrkräfte belegen deutlich, dass hier das vorhandene Personal einfach nur noch „verheizt“ wird. Dazu kommt: Pläne der Landesregierung sehen vor, dass demnächst die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst nicht mehr ausgebildet, sondern ausgebeutet werden, weil sie dann die Unterrichtsversorgung ihrer Einsatzschule erhöhen und kaum noch betreut und beraten werden. Zum anderen ignoriert die Landesregierung ihre eigenen Lehrpläne und legt fest, dass weniger Lehrkräfte und damit weniger Bildung ausreichen. Im letzten Schuljahr waren das Lehrkräfte im Umfang von 40 Millionen Euro und mehr, die sie von vornherein eingespart haben. Diese 40 Millionen Euro sind den Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt für ihre Bildung amtlich vorenthalten worden.



Für mich ist das staatlich angeordneter Bildungsdiebstahl.

Torsten Richter

Die Bildungsschuldenuhr am 22. August 2017.

Schulleiterinitiative gegen Kaputtsparen:

Dürftige Reaktion des Ministers

(EuW) Die Bedenken von mehr als 130 Schulleitern im Hinblick auf die bedarfsmindernden Maßnahmen des Ministeriums (vom Minister als „effizienzsteigernde Maßnahmen“ benannt) lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Es wird zu einer weiteren Steigerung der Arbeitsbelastung mit unmittelbaren Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten und die Qualität des Unterrichts kommen.
- Der Unterrichtsausfall wird sich stetig erhöhen, bis zur vorübergehenden Schließung ganzer Einrichtungen.
- Die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler verschlechtern sich weiter durch nun noch größere Klassen und dem Wegfall von Förderung und außerunterrichtlichen Angeboten.
- Es wird immer mehr „Aufsicht“ statt pädagogischer Angebote während der verlässlichen Öffnungszeiten in Grundschulen geben.

Doch die Schulleiter belassen es nicht bei der Kritik. Sie unterbreiten auch Vorschläge:

- Es muss bedarfsgerechte Einstellungen von Pädagogischen Mitarbeiterinnen geben.
- Erstrebenswert ist, die Eckwerte der Unterrichtsversorgung von 2003 wieder herzustellen.

Der Minister bietet in seinem Antwortschreiben lediglich an, über die Probleme zu reden. Er würde sich im Rahmen der Vorgaben des Landeshaushaltes auf die Absicherung des Unterrichts konzentrieren und dazu seien auch die ergriffenen Maßnahmen an den Grundschulen notwendig. Mit viel Anstrengung habe er bereits einiges erreicht. Doch schon jetzt verkommt dieser Brief zur Makulatur. Landesweit konnten 100 der dringend benötigten Stellen nicht besetzt werden. An Grundschulen wurden von 64 ausgeschriebenen Stellen nur 47 Stellen besetzt. Nicht einmal auf dem Papier werden so die 100 Prozent erreicht. Im Vergleich mit dem Vorjahr, als die Unterrichtsversorgung die 100 Prozent noch fast erreichte (99,7 Prozent), liegt sie jetzt tatsächlich deutlich

unter 95 Prozent. Auch wenn das Bildungsministerium demnächst eine Zahl von 100 Prozent verkünden wird, müssen davon etwa sieben Prozent abgezogen werden, die den Schulen vor dem ersten Schultag mit den „bedarfsmindernden Maßnahmen“ schon entzogen wurden.

Mit keinem Wort ging Minister Tullner auf die Bedenken der Schulleiter ein. Jedem im System Beschäftigten, außer wohl den Beamten im Bildungsministerium, ist klar, dass die erste Krankheitswelle ein Fiasko hervorrufen wird. Die negativen Auswirkungen auf die Qualität unserer Bildung werden langanhaltend sein.

Nelson Mandela sagte einmal: „Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht.“

72.000 Kinder in Sachsen-Anhalt leben in Bedarfsgemeinschaften und werden jetzt auch noch in den „Genuss“ der bedarfsmindernden Maßnahmen kommen.

Den Mangel beenden! - Unseren Kindern Zukunft geben!



Unterschriften-Aktion der Volksinitiative: Bis zum 8. September einsenden!

(EuW) Das Bündnis für die Volksinitiative „Den Mangel beenden! – Unseren Kindern Zukunft geben!“ gegen den akuten Lehrermangel in Sachsen-Anhalt, das seit April Unterschriften sammelte, hat auch über die Sommermonate hinweg eine breite Resonanz gefunden und will nun in den kommenden Wochen die Auszählung beenden.

„Wir rechnen mit einem sehr deutlichen Signal an den Landtag“, sagte die Co-Sprecherin des Bündnisses, die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth, gegenüber unserer Redaktion. Zugleich bat sie uns, darauf hinzuweisen, dass alle Unterschriftenlisten bis zum 8. September 2017 an die GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, gesandt werden müssen, wenn sie noch ausgezählt werden sollen. Nur das, was vorliege, könne der Landtagspräsidentin, Gabriele Bräkebusch (CDU), übergeben werden.

Schuljahresbeginn: Als Wünschen noch geholfen hat ...

Ausgerechnet am ersten Ferientag widmete der MDR in der Fernsehsendung „FAKT ist“ unter dem Titel „Schulen in Not – wer unterrichtet unsere Kinder?“ 60 Minuten Sendezeit einem sehr brisanten Thema. Wer sich den Ferienbeginn nicht verderben wollte, dem zeige ich mit einigen Auszügen einmal die Grundtendenz der Diskussion auf:

Minister Tullner erklärte hoffnungsreich: „Ich besetze alle Stellen, die ich ausschreibe, und deshalb ist eine Diskussion um ein geändertes Bewerbungsverfahren nicht hilfreich.“ Schon Pippi Langstrumpf trällerte ihr Lied „zwei mal drei macht vier widdewiddewitt und drei macht neun! Ich mach' mir die Welt widdewidde wie sie mir gefällt ...“ unbekümmert in den Tag hinein. Minister Tullner scheint so ähnlich auch seine eigene Welt zu gestalten. 100 Stellen wurden nicht besetzt und vielleicht sollte man das Bewerbungsverfahren doch auf den Prüfstand stellen?

Thomas Lippmann, der bildungspolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, verwies auf die bedarfsmindernden Maßnahmen: „Sie greifen seit dem Schuljahr 2013/14. Wenn das Land kein Geld hat oder glaubt, dass es die

Lehrer nicht bekommt, die es benötigt, dann bestreitet man einfach den Bedarf. Innerhalb von fünf Jahren wurden zehn Prozent des Unterrichtsvolumens abgebaut – das ist ein ganzes Schuljahr.“

Am Ende war sich Minister Tullner sicher: „Die Maßnahmen, die wir getroffen haben, werden ihre Wirkung entfalten.“ Frau Jelitte, Vorsitzende des Ganztagschulverbandes, hielt das für einen frommen Wunsch des Ministers, der nicht eintreffen wird. Die schülerbezogene Zuweisung muss wieder geändert werden! Dem schloss sich auch Thomas Lippmann an und bemerkte noch: Das Ministerium möge erkennen, dass Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten ohne pädagogische Mitarbeiter nicht stattfinden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen an den sachsen-anhaltischen Schulen, schreibt mir doch einfach über die Redaktion der EuW, wie die ersten Schultage bei euch abliefen. Wie war der Unterricht abgesichert, fehlten Lehrkräfte oder war alles im „grünen Bereich“? Auf eure Post unter dem Kennwort „Schulbeginn 2017“ bis zum 14. September freut sich euer

Kurt Querkopf

Vorlesetag der „Stiftung Lesen“: Kollegium setzt Zeichen des Protestes

Die gemeinnützige und bundesweit anerkannte *Stiftung Lesen* wirbt seit Jahren dafür, dass das Lesen in allen Bevölkerungsschichten einen höheren Stellenwert einnimmt. Dafür führt die Stiftung einen jährlichen Vorlesetag durch. Jeder der Spaß am Lesen hat, liest an diesem Tag anderen vor.

Jeder? In ihrer Satzung schließt die *Stiftung Lesen* „... die Zusammenarbeit mit Parteien, Institutionen und anderen Gruppen oder Einzelpersonen, die antidemokratisches,

rassistisches, fremdenfeindliches oder diskriminierendes Gedankengut vertreten oder verbreiten, aus.“ Umso unverständlicher ist es, dass die *Stiftung Lesen* Einladungen zum Vorlesetag an Politiker der AfD verschickte, die mit ihren Vorurteilen Minderheiten gegenüber sowie ihren teilweisen rassistischen und antisemitischen Positionen im völligen Gegensatz zu den Zielen der *Stiftung Lesen* aber auch im Gegensatz zu dem Verständnis von Schule steht.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Kinder unterschiedlicher kultureller, sprachlicher, religiöser und sozialer Herkunft gemeinsam zu unterrichten und diese Vielfalt auch als Chance zu begreifen. Das ist natürlich nicht immer einfach und oft sind wir dabei gemeinsam Lernende.

Als Zeichen unseres Protestes gegen diese Einladungen beteiligen wir uns als Schule in diesem Jahr nicht an dieser bundesweiten Aktion.

Das Kollegium der Grundschule Stadtmitte Gentin, 07.08.2017

Interkulturelle Woche: Bildung als integralen Aspekt diskutieren



(EuW) Die Interkulturelle Woche (IKW) findet seit 1975 jeweils Ende September statt und wird von Kirchen, Gewerkschaften, Kommunen, Verbänden und Vereinen, Integrationsbeiräten und -beauftragten, Migrantenorganisationen und anderen getragen. Mittlerweile nehmen über 500 Gemeinden in der Bundesrepublik an der IKW teil und organisieren rund 4.500 Veranstaltungen. Neben Begegnung, Austausch und gelebter Vielfalt wird auch die Auseinandersetzung mit schweren Themen wie Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Ausgrenzung sowie möglichen Gegenstrategien ermöglicht. Mit dem Motto „Vielfalt verbindet“ tritt die Interkulturelle Woche auch im Jahr 2017 für eine Gesellschaft ein, deren Vielfalt ihre Stärke ist und in der Konflikte konstruktiv gelöst werden. Die Woche bietet Gelegenheit, sich entschieden rassistischen und nationalistischen Strömungen entgegenzustellen und gemeinsam zu diskutieren, wie die Gesellschaft auf der Basis von Grund- und Menschenrechten konstruktiv weiterentwickelt werden kann. Dabei kommt auch dem Thema Bildung eine

ganz besondere Bedeutung zu. So organisiert etwa der Weltladen Magdeburg unter dem Titel „The education we have and the education we need“ einen Workshop und eine Gesprächsrunde zu Fragen wie: Welche Verantwortung für aktuelle und zukünftige Problemlagen liegt in unserem Bildungssystem, Unterricht und Materialien? Wie und was müssten heutige und zukünftige Lernende lernen, um mit den Herausforderungen einer sich immer stärker globalisierenden Welt adäquat umgehen zu können? Wie sollte Bildung inhaltlich konzipiert werden, um im Umgang mit Migration, Umweltbelastungen, globalen Handelsverflechtungen und Abhängigkeiten die Entwicklung nachhaltiger Antworten zu fördern? Die landesweite Auftaktveranstaltung findet dieses Jahr am 22. September von 14:00 bis 16:30 Uhr in der Marienkirche in Dessau-Roßlau statt. Alle Interessierten sind an diesem Tag zu Musik, Film und Diskussion in die Stadt an der Mulde eingeladen.

Informationen und Anmeldung unter www.agsa.de/aktuelles/interkulturelle-woche

Kindertagesbetreuung: KiFöG-Novelle spaltet Koalition

(EuW) Die Anfang August 2017 von Sozialministerin Petra Grimm-Benne vorgelegten Eckpunkte für eine Novellierung des Kinderförderungsgesetzes hatte die GEW mit Interesse zur Kenntnis genommen. Neben positiven Signalen sieht die GEW bei einigen Aspekten aber weiterhin deutlichen Verbesserungs- und Handlungsbedarf. Das zeigte sich auch, als kurze Zeit später die Vertreter von CDU und Grünen den Vorstoß Grimm-Bennes deutlich kritisierten. Der Entwurf wurde schließlich vom Ministerpräsidenten kassiert.

Ob es noch in diesem Jahr zu einer Gesetzesinitiative kommen wird, muss inzwischen bezweifelt werden. Insbesondere die Finanzierungsverantwortung der Kommunen bleibt ein entscheidender Dissens innerhalb der Koalition. Während Grimm-Benne auch zukünftig die Leistungsverantwortung bei den Landkreisen sieht, wollen insbesondere Vertreter der CDU diese wieder den Kommunen übertragen. Rückendeckung bekommen sie von den kommunalen Spitzenverbänden, die vor dem Landesverfassungsgericht

diesbezüglich nur einen Teilerfolg erzielen, nun aber vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Die Entscheidung steht noch aus, so dass innerhalb der Koalition vor diesem Urteil keine Einigung erzielt werden wird. Dennoch zeigen die Vorschläge aus dem Sozialministerium deutlich, wo die SPD ihre Prioritäten setzt.

Die von der GEW seit Jahren geforderte Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen will die Sozialministerin durch die Einrechnung von zehn Ausfalltagen im Personalschlüssel berücksichtigen. Das führt nach Einschätzung der GEW zu einer Verbesserung der Erzieher-Kind-Relation von ca. fünf Prozent. „Wissenschaftliche Studien fordern hier eine Verbesserung von 25 Prozent, um die notwendige individuelle Förderung in den Kitas fachgerecht umzusetzen. Der neue Gesetzentwurf muss deshalb über die Vorschläge hinaus deutliche Perspektiven für die Erreichung dieses Zieles bieten“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth. Unklar bliebe auch, wie die mittelbare pädagogische Arbeit, also etwa Vor- und Nachbereitung, dabei Berücksichtigung findet. Für eine spür-

bare Entlastung der Kolleginnen und Kollegen sei dies aber unverzichtbar.

Hinsichtlich der Beitragsbefreiung von Geschwisterkindern hat die GEW Zweifel, ob damit mehr Beitragsgerechtigkeit erreicht wird. Eine Begrenzung und soziale Staffelung von Elternbeiträgen könnte mehr Eltern entlasten und armutsgefährdete Familien besser unterstützen. Auch die Beibehaltung der aktuellen pauschalen Finanzierungsbeiträge des Landes sieht die GEW kritisch. Selbst bei einer zukünftigen Erhöhung der Finanzpauschalen je Kind bliebe das Problem einer intransparenten Mittelzuführung und ungerechten Verteilung dieser Mittel weiterhin bestehen.

„Die Vorschläge des Sozialministeriums liegen jetzt auf dem Tisch; der Termin war überfällig, wenn bis zum Jahresende Entscheidungen getroffen werden sollen. Wir erwarten nunmehr einen kritischen Dialog im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens mit allen Beteiligten und sind bereit, unsere Vorschläge und Expertise einzubringen“, so Gerth abschließend.

Freie Träger der Jugendhilfe: Erfolgreiche Tarifabschlüsse für Erzieher*innen

(EuW-fw) Als erfreulich bezeichnete die Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, Eva Gerth, die Weiterentwicklung tariflicher Standards bei den freien Trägern der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, die sich in den letzten Monaten abzeichnen. „Die Kolleginnen und Kollegen in den Tarifkommissionen vor Ort haben gemeinsam mit den Verhandlungsführern der GEW für deutliche Verbesserungen der Arbeits- und Einkommensbedingungen für mehr als tausend Beschäftigte gesorgt. Das sollte Anlass für Optimismus sein und andere motivieren, sich gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft für die eigenen Interessen zu engagieren. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle in Magdeburg, dem Regionalbüro in Halle und die Kreisvorstände beraten und unterstützen dabei gern“, so Gerth gegenüber EuW.

Kita-Beschäftigte in Einrichtungen der PTG

Breits im Juni 2017 konnten sich die Tarifpartner GEW, ver.di und die Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG) auf einen neuen Entgelttarifvertrag für die Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen der Mitgliedsverbände der PTG in Sachsen-Anhalt einigen. Für die etwa 900 Erzieherinnen und Erzieher der betroffenen zehn Träger steigen die Entgelte rückwirkend zum 1. Mai 2017 auf 98 Prozent des TVöD-Niveaus. Auch bei der Bezahlung der Kita-Leitungen wurde ein deutlicher Angleichungsschritt in Richtung TVöD erreicht. Zusätzlich wurde eine Einmalzahlung von 400 Euro vereinbart. Gewerkschaftsmitglieder erhalten ein zusätzliches Monatsentgelt von 25 Euro und einen Tag Zusatzurlaub.

Im nächsten Schritt soll der Rahmentarifvertrag neu verhandelt werden. Dafür sind bereits Termine im September und Oktober 2017 verabredet worden.

AWO Halle

Für die rund 50 Beschäftigten bei der AWO Erziehungshilfe Halle GmbH wird ab dem 1. Januar 2018 die Zeit ohne tarifvertragliche Entgeltansprüche zu Ende gehen. Seit Mai 2017 hatte die GEW drei Verhandlungsrunden zur Einführung einer Entgeltordnung geführt, die am 4. August 2017 zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wurden. Grundlage der Verhandlungen war der kürzlich von der GEW abgeschlossene Entgelttarifvertrag für die Mitgliedsorganisationen der Paritätischen Tarifgemeinschaft (PTG). Auf dieser Grundlage wurden die Beschäftigten bei der Erziehungshilfe Halle den entsprechenden Entgeltgruppen und Entgeltstufen zugeordnet und es wurden Regelungen zur Überleitung in das neue System vereinbart. Für viele Beschäftigte wird die Inkraftsetzung des Tarifvertrages zu einer deutlichen Einkommenssteigerung führen.

Unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Tarifkommissionen von GEW und Arbeitgeberseite werden die Beschäftigten bei der AWO Erziehungshilfe Halle ab 1. Januar 2018 an das Entgeltniveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Kommunen (TVöD) in Höhe von 92,5 Prozent und ab 1. Juli 2018 von 95 Prozent herangeführt. Alle zukünftigen Entgeltanpassungen, die im Rahmen der Tarifabschlüsse mit der PTG erzielt werden, finden auf den Tarifabschluss Anwendung. GEW-Mitglieder erhalten eine zusätzliche monatliche Vergütung in Höhe von 25 Euro. Das Ergebnis ist ein erster Schritt in einem Prozess, der in absehbarer Zeit zur vollständigen Angleichung führen soll und der nur erreicht werden konnte, weil ein Großteil der Beschäftigten durch eine engagierte Mitgliedschaft in der GEW ihre Interessen selbstbewusst und kompetent, aber auch mit der nötigen Kompromissbereitschaft vertreten.

AWO Naumburg

Über einen erfolgreichen weiteren Tarifabschluss können sich die Beschäftigten der AWO Kinder-, Jugend- und Familien Naumburg und der Kindertagesstätte des AWO Landesverbandes in Niederndodeleben freuen. Am 11. August 2017 einigten sich die GEW und der Arbeitgeberverband der AWO-Deutschland e.V. auf eine Anpassung des Entgelttarifvertrages vom Februar 2016. Damit werden die Einkommen der etwa 85 Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen, in der Erziehungshilfe und in Beratungsstellen steigen.

Für die Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen wird die bestehende Entgeltabelle ab 1. Oktober 2018 zu 100 Prozent an die dann gültigen Regelungen des TVöD angepasst. Zukünftige Entgeltanpassungen im Rahmen der Verhandlungen zum TVöD werden zeit- und inhaltsgleich übernommen. Damit wird das Ziel der vollständigen Einkommensangleichungen an die Bedingungen im öffentlichen Dienst erreicht. Vor dem ersten Tarifabschluss, im Februar 2016, lag die Einkommenslücke zwischen 20 und 25 Prozent. Sie wurde schrittweise bis auf fünf Prozent ab 1. März 2017 verkürzt und wird am 1. Oktober 2018 geschlossen.

Für die Beschäftigten in den anderen Beschäftigungsbereichen steigen die Entgelte ab 1. Januar 2018 um zunächst vier Prozent. Die Tarifvertragsparteien konnten sich darauf verständigen, Mitte 2018 Verhandlungen zu weiteren Angleichungen aufzunehmen. Ziel ist es auch dort, zeitnah die Bedingungen des TVöD zu tarifieren.

Die Tarifkommission wertet das Ergebnis als großen Erfolg, der einmal mehr zeigt, dass sich die Gewerkschaftsmemberschaft, verbunden mit Engagement und Zusammenhalt lohnen.

Bundestagswahl und Bildung: Spitzenkandidaten der Landeslisten der Bundestagsparteien be

Für Deutschland hat die anstehende Bundestagswahl eine ähnliche Bedeutung wie die Wahl eines Präsidenten für die USA. Wir können unsere Leserschaft aber beruhigen: Die vielbeschworene Einflussnahme des russischen Geheimdienstes wäre zwar auch für Deutschland denkbar, bis jetzt ist aber nicht einmal gerüchteweise bekannt, ob Putin auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl Druck ausüben will. Man kann darüber spekulieren, woran das liegen könnte: Vielleicht weil der Aufwand die Wirkung übersteigen würde, dass die russische Führung Deutschland für weniger wichtig als die USA hält oder aber sich noch nicht festgelegt hat, welches Wahlergebnis sie präferieren würde.

Wenn das Zweite zutrifft, hat sie nichts aus der Geschichte gelernt. Wenn allerdings letzteres zutrifft, geht es ihr wie vielen Wählerinnen und Wählern, darunter vermutlich auch GEW-Mitgliedern.

Die Redaktion der EuW hatte deshalb bei den Spit-



zenkandidaten der gegenwärtig im Bundestag vertretenen Landesparteien nachgefragt, ob sie etwas über die vergangene Wahlperiode und natürlich über die Programmatik ihrer Parteien für die kommende Legislaturperiode sagen würden.



Frau Brehmer, worin sehen Sie Ihren größten persönlichen Erfolg in sozialpolitischen oder bildungs- und wissenschaftspolitischen Wirkungsfeldern?

Ich konnte in dieser Legislaturperiode erfolgreich dazu beitragen, dass die CDU-geführte Bundesregierung in den Bereichen Bildungs- und Sozialpolitik zahlreiche Maßnahmen beschlossen hat, von denen die Menschen im Land profitieren. Wir haben mit diesen Maßnahmen, die ich immer unterstützt habe, die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt.

In der Bildung investiert die Bundesregierung so viel Geld wie nie zuvor. Der Haushalt des BMBF wurde um zehn Milliarden Euro aufgestockt. Die BAföG-Sätze wurden erhöht und in die Zuständigkeit des Bundes überführt, wodurch die Länder erheblich entlastet werden. Wir unterstützen die Länder bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in digitalen Kompetenzen. Mit einem Digitalpakt sorgen wir dafür, dass Schulen über die erforderliche Ausstattung verfügen. Wir haben sieben Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, damit auch in finanzschwachen Kommunen notwendige Schulsanierungen erfolgen können.



Das Meister-BAföG haben wir zum Aufstiegs-BAföG ausgebaut. Fachkräfte mit Ausbildung und Berufserfahrung können auch ohne Abitur studieren. Um Jugendlichen einen guten Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen, haben wir die Assitierte Ausbildung neu eingeführt. Unterstützt werden auch die Hochschulen: Mit dem Hochschulpakt stellen wir bis 2023 zusätzliche zehn Milliarden Euro bereit. Mit dem Qualitätspakt Lehre stellen wir bis 2020 zwei Milliarden Euro für bessere Personalausstattung und neue Lehrformate bereit. Weiterhin haben wir durchgesetzt, dass die meisten Berufsabschlüsse aus Staaten der EU in Deutschland anerkannt werden. Wir haben für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen und stabiles Wachstum gesorgt. Davor profitieren

nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit steigenden Löhnen, sondern auch die Ruheständler: Die Renten sind 2016 so stark gestiegen wie seit 23 Jahren nicht mehr und werden auch in den kommenden Jahren steigen.

Große Erfolge haben wir auch für Familien erreicht: Wir haben die Flexible Elternzeit eingeführt, Kindergeld und Kinderfreibeträge erhöht und einen höheren Kinderzuschlag durchgesetzt. Mit dem Elterngeld Plus können Eltern ihre Elternzeit flexibler gestalten. Für alleinerziehende Mütter oder Väter wurde der Unterhaltsvorschuss deutlich angehoben. In Zukunft wollen wir das Kindergeld weiter erhöhen, den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und ein Baukindergeld von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr neu einführen. Die Länder haben vom Bund bereits sechs Milliarden Euro für den Ausbau des Kita-Angebots erhalten. Nun gibt es nochmal 1,1 Milliarden Euro für zusätzliche Kita-Plätze. Durch die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs erhält Sachsen-Anhalt weitere Mittel für Investitionen in Schulen.



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

fragt

Die befragten vier Abgeordneten haben geantwortet. Und so können sich unsere GEW-Mitglieder und andere Interessierte anhand des von der EuW-Redaktion vorgegebenen Schemas ein Bild machen, wie Heike Brehmer (CDU), Burkhard Lischka (SPD), Dr. Petra Sitte (DIE LINKE) und Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu den für die Bildungsgewerkschaft wichtigen Themen stehen.

Die Auswahl der Fragen fiel gar nicht so leicht, denn schließlich verhindert der zum Teil ins Absurde getriebene Bildungsföderalismus in Bund und Ländern häufig konstruktive Lösungen, die

von den Abgeordneten vor Ort zwar verlangt werden, im Bundestag aber nicht machbar sind.

Umso mehr interessiert uns, wie gesichert werden kann, dass der Bund mit dem überwiegenden Anteil an den Steuereinnahmen mehr davon für die Bil-

dungsfinanzierung einsetzt. Die von allen Parteien – auch denen, die wir nicht befragt haben – hervor gehobene immense Bedeutung der Bildung, von der Kita über die Schule, die Hochschule bis zur Weiterbildung, gehört auf den Prüfstand. Das ist ein wesentlicher Punkt der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ Das sollte auch einer der wichtigsten Maßstäbe für die Bewertung und vielleicht auch die Wahlentscheidung sein.

Da der Bund weiterhin für Studienfinanzierung, Weiterbildung, Soziales und selbstverständlich das Arbeitsrecht zuständig ist, haben wir zu diesen Gebieten ebenfalls Fragen gestellt, von denen wir annehmen, dass sich auch Politikerinnen und Politiker, die sich zur Wahl stellen und an die Spitzen ihrer Landeslisten gewählt wurden, darüber Gedanken machen.

Welches Wahlergebnis sollte man durch seine Stimme präferieren, hieß unsere Ausgangsfrage. Wir können und wollen sie für unsere Mitglieder nicht beantworten. Wir würden unsere gewerkschaftlichen, familiären und sozialen Interessen als Maßstab anlegen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich selbst zu informieren, um dann klug entscheiden zu können. Übrigens macht auch das nur Sinn, wenn man wählt! EuW hat vielleicht mit den folgenden Seiten eine Wahlhilfe geleistet.

Welche positiven oder negativen Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach die grundgesetzlich festgeschriebenen Bund-Länder-Beziehungen für die Entwicklung des Bildungssystems in Deutschland und in den Bundesländern? Sehen Sie Reformbedarf und, falls ja, welchen?

Eine gute Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel, damit alle Menschen ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen gestalten können. Schulbildung ist nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache. Dennoch gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung, für die ich mich auch in der kommenden Legislaturperiode einsetzen werde. Dazu gehört die Entlastung der Länder im Hochschul- und Forschungsbereich, die Überführung der alleinigen Zuständigkeit des BAföG durch den Bund, die Reform des Meister-BAföG sowie die Unterstützung finanzschwacher Kommunen durch einen Sonderfonds mit insgesamt sieben Milliarden Euro zur Sanierung von Schulen und Einrichtungen. Der Bund wird auch in Zukunft in einem ständigen Dialog mit den Ländern gemeinsame bildungspolitische Herausforderungen definieren und deren Umsetzung vorantreiben.

Die GEW plädiert mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ für eine bessere Bildungsfinanzierung und hat zudem ein eigenes „Steuerkonzept“ vorgelegt. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um mehr Mittel für die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft einsetzen zu können, u.a. für die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen, für die dauerhafte einheitliche Ausstattung der Schulen mit digitalen Unterrichtsmitteln bzw. für die Sanierung von Bildungseinrichtungen?

CDU und CSU stehen zu der grundgesetzlichen Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich. Demnach fallen das Schulwesen und die entsprechende Infrastruktur sowie die Finanzierung der Hochschulen in die Zuständigkeit der Bundesländer. Dennoch eröffnet die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen den finanzschwachen Städten und Gemeinden neue Handlungsspielräume, indem sie sieben Milliarden Euro für die Sanierung von Schulen und Bildungseinrichtungen erhalten. Weiterhin entlastet der Bund die Länder durch die Übernahme des BAföG um jährlich rund 1,2 Milliarden Euro. Um jungen Menschen weiterhin eine hochwertige Ausbildung zu gewährleisten, werden CDU und CSU auch nach Auslaufen des Hochschulpakts 2023 die Hochschulen im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes weiterhin finanziell unterstützen. In den

nächsten Jahren werden CDU und CSU vor allem einen Schwerpunkt darauf legen, die Schulen fit für die Digitalisierung zu machen. Mit dem flächendeckenden Breitbandausbau und einem Digitalpakt werden wir dafür sorgen, dass unsere allgemeinbildenden und beruflichen Schulen über die erforderliche Ausstattung hierfür verfügen. Die Erfordernisse des lebenslangen digitalen Lernens werden wir in der „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ berücksichtigen, die wir gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und weiteren zuständigen Stellen erarbeiten wollen.

Die Kindertagesbetreuung weiter auszubauen ist gesellschaftlicher Konsens. Würde Ihre Fraktion daran mitwirken, bundesweit einheitliche Standards in einem Kita-Qualitätsgesetz festzulegen und eine entsprechende Finanzierung durch den Bund abzusichern?

Die Priorität der Union ist es, in den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren. Die primäre Verantwortung für die Bedarfsplanung und Finanzierung der Kinderbetreuung fällt in die Zuständigkeit der Länder. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten. Bund, Länder, Kommunen und Träger haben zur Sicherung und Entwicklung der Qualität der Kinderbetreuung vielfältige Anstrengungen unternommen.

Bis heute hat sich der Bund mit rund acht Milliarden Euro an dem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren beteiligt. Mit dem Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung haben wir den Weg geebnet, den Ländern und Kommunen Bundesmittel für den weiteren Ausbau von 100.000 Plätzen für die Kindertagesbetreuung bereitzustellen. CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass der Bund die Länder und Kommunen auch in den kommenden Jahren unterstützt, das Angebot an Betreuungsplätzen bedarfs- und qualitätsgerecht auszubauen.

Wie stehen Sie zu der GEW-Forderung, das BAföG der Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen und die Freibeträge für das Elterneinkommen zu erhöhen? Sind Sie dafür, das BAföG wieder von einem Teildarlehen zu einem Vollzuschuss zu entwickeln?

Ich möchte mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass jeder seine Begabungen entwickeln und unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Studium absolvieren kann. Zuletzt wurden zum Wintersemester 2016/2017 Freibeträge und Fördersätze für das BAföG deutlich angehoben. Das BAföG soll auch in Zukunft an die sich wandeln- ➔



Heike Brehmer, MdB

<http://www.heike-brehmer.de/>

→ den Rahmenbedingungen eines Studiums und an die Preis- und Einkommensentwicklungen angepasst werden.

Was halten Sie davon, ein Weiterbildungsgesetz zu schaffen, in dem bundesweit ein Recht auf geförderte Weiterbildung verankert ist?

Ich unterstütze das Prinzip des lebenslangen Lernens, um Menschen bessere Bildungs- und Aufstiegswege zu eröffnen. Ich unterstütze unser Regierungsprogramm von CDU und CSU, in dem wir uns dafür aussprechen, die Weiterbildungsbeteiligung aller Beschäftigten unabhängig von Qualifikationsniveau oder Alter zu erhöhen und dabei vor allem kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Dazu wollen wir den Einsatz von Lebensarbeitszeitkonten attraktiver und gerade für kleinere Betriebe praktikabler gestalten. Dazu werden wir die Einführung eines öffentlichen Weiterbildungsdarlehens prüfen, das die Finanzierung auch kostenintensiver und längerfristiger Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht, die gerade

im Zeitalter der Digitalisierung immer wichtiger werden.

Die GEW fordert, zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zurückzukehren. Wie sieht das Ihre Partei und welche Vorstellung haben Sie für mehr Gerechtigkeit in der Finanzierung der Krankenversicherung?

Wir halten an der bewährten Grundstruktur unseres Krankenversicherungssystems fest. Unser Gesundheitswesen hat sich mit seinen gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen bewährt. Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir ab. Der Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen ist ein Motor für Verbesserungen und Innovationen. Wir halten an der festgeschriebenen Teilung der Beiträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie einem zusätzlichen – je nach Krankenkasse unterschiedlichen – Zusatzbeitrag fest.



Bildungspolitik aussehen.

Die GEW plädiert mit der Initiative „Bildung. Weiterdenken!“ für eine bessere Bildungsfinanzierung und hat zudem ein eigenes „Steuerkonzept“ vorgelegt.

Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um mehr Mittel für die

Herr Lischka, worin sehen Sie Ihren größten persönlichen Erfolg in sozialpolitischen oder bildungs- und wissenschafts-politischen Wirkungsfeldern?

Die politische Arbeit in Berlin bezieht sich nicht auf den eigenen persönlichen Erfolg. Es ist der Erfolg aller, die sich um die Belange der Menschen in unserem Land tatsächlich kümmern. Von den unzähligen Errungenschaften in der letzten Wahlperiode erfreut mich der stärkere Schutz von Polizisten, Rettungskräften und Feuerwehrleute durch Verschärfung StGB, 15.000 neue Polizeistellen in Bund und Ländern (ca. 8.000 bereits finanziell bis 2020 untersetzt), Übernahme BAföG durch Bund (Entlastung der Länder dauerhaft um 1,17 Milliarden Euro), 3,5 Milliarden für Investitionen in Schulen und Sporthallen (Aufhebung Kooperationsverbot), 4,1 Milliarden Euro für Krippen und Kitas (in dieser Wahlperiode), zehn Milliarden Euro bis 2020 für 700.000 neue Studienplätze, Anhebung BAföG um sieben Prozent, eine Milliarde Euro für 1.000 zusätzliche Nachwuchsprofessuren ab 2017, drei Milliarden Euro zusätzlich für Forschung und Exzellenzinitiativen, Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes (vier Millionen Menschen in Deutschland profitieren, davon ⅓ Frauen) und letztendlich die Ehe für alle (Gleichstellung).



Burkhard Lischka, MdB

www.burkhard-lischka.de

Welche positiven oder negativen Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach die grundgesetzlich festgeschriebenen Bund-Länder-Beziehungen für die Entwicklung des Bildungssystems in Deutschland und in den Bundesländern? Sehen Sie Reformbedarf und, falls ja, welchen?

Insbesondere in den letzten Jahren ist es immer wichtiger geworden, den Bildungssektor zu reformieren. Manche Regelungen erscheinen einfach nicht mehr zeitgemäß. Denn Bildungs- und Ausbildungschancen dürfen nicht vom Wohnort der Eltern abhängen.

Damit Bund, Länder und Gemeinden in der Bildung gemeinsam Verantwortung übernehmen können, setzt sich die SPD zum Beispiel für die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich ein. Mit der Öffnung des Kooperationsverbots für die Hochschulen, die jetzt wieder dauerhaft gemeinsam von Bund und Ländern gefördert werden dürfen, und dem Schulsanierungsprogramm für finanzschwache Kommunen konnten in dieser Legislaturperiode zwei wichtige Durchbrüche für mehr Kooperation erreicht werden. Aber wir wollen mehr. Mit einer „Nationalen Bildungsallianz“ wollen wir alle Kräfte bündeln. Denn der Bund muss überall dort in der Bildung helfen können, wo es notwendig ist. Nur so kann eine zukunftsweisende gute

Finanzierung von Bildung und Wissenschaft einsetzen zu können, u.a. für die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen, für die dauerhafte einheitliche Ausstattung der Schulen mit digitalen Unterrichtsmitteln bzw. für die Sanierung von Bildungseinrichtungen?

Bildung und Forschung brauchen eine gute und verlässliche Finanzierung. Denn jede Investition in diesen Bereich ist eine Investition in die Zukunft Deutschlands.

Die SPD will zunächst die Grundlagen für die Forschung an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen verbessern. Bis 2025 wollen wir 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung aufwenden. Im Rahmen einer neuen, dauerhaften Finanzierungsarchitektur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir verlässliche Perspektiven schaffen und Innovationen fördern. Den erfolgreichen Pakt für Forschung und Innovation werden wir als wichtige und verlässliche Säule dieser Architektur weiterentwickeln. Hierbei ist es auch wichtig, die Kooperation von Hochschule und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu stärken. Zusätzlich wollen wir die Möglichkeit für den Bund schaffen, Forschungseinrichtungen an Hochschulen direkt zu fördern. Die Forschungsförderung des Bundes für Fachhochschulen werden wir verdoppeln. Für Projekte, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden, wollen wir die Programmpauschale (Overhead) auch nach 2020 fortführen.

Das Schulsanierungsprogramm des Bundes werden wir ferner zu einem Schulmodernisierungsprogramm weiterentwickeln, damit überall gut ausgestattete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung (auch mit digitaler Technik) zur Verfügung stehen und das Lernen erleichtern.

Die Kindertagesbetreuung weiter auszubauen ist gesellschaftlicher Konsens. Würde Ihre Fraktion daran mitwirken, bundesweit einheitliche Standards in einem Kita-Qualitätsgesetz festzulegen und eine entsprechende Finanzierung durch den Bund abzusichern?

Neben dem flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote im Schulbereich ist die Bereitstellung von ausreichend Kindertagesbetreuungsangeboten uns sehr wichtig. Familien mit Kindern müssen weiter entlastet werden. Deshalb kümmern wir uns um den bedarfsgerechten Ausbau und die Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung. Wir werden in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen Rechtsanspruch auf

➔ **Ganztagsbetreuung von Kita- und Schulkindern einführen – mit finanzieller Beteiligung des Bundes.** Denn die Abschaffung der Kita-Gebühren ist ein wichtiger Schritt. Mit über drei Milliarden Euro, die wir dafür einsetzen wollen, sorgen wir dafür, dass Familien endlich von den Kosten der Kinderbetreuung befreit werden.

Wie stehen Sie zu der GEW-Forderung, das BAföG der Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen und die Freibeträge für das Elterneinkommen zu erhöhen? Sind Sie dafür, das BAföG wieder von einem Teildarlehen zu einem Vollzuschuss zu entwickeln?

Das BAföG ist eine Erfolgsgeschichte und soll jenen ein Studium ermöglichen, die es sich sonst nicht leisten könnten. Deshalb wollen wir es auch in Zukunft nicht generell unabhängig vom Einkommen der Eltern gewähren. Wir werden aber definitiv die Leistungen verbessern und die Förderungen stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten, bzw. es auch an die vielfältigen neuen Bildungswege anpassen. Denn die Förderungssätze müssen bedarfsdeckend sein. Ferner müssen wir diese Erhöhung regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Eine automatische Anpassung würde der Politik allerdings die Möglichkeit nehmen, außerhalb der beschlossenen Verfahren auf die konkrete Lebenssituation der Studierenden einzugehen, weshalb wir dies nicht unterstützen.

Durch eine deutliche Anhebung der Altersgrenze wird es immer mehr Fälle geben, bei denen das Einkommen der Eltern in Zukunft keine Rolle mehr spielt.

Die Studierenden in Deutschland können sich somit auch in Zukunft auf eine zeitgemäße angemessene Förderung durch das BAföG verlassen. Das ist uns sehr wichtig.

Was halten Sie davon, ein Weiterbildungsgesetz zu schaffen, in dem bundesweit ein Recht auf geförderte Weiterbildung verankert ist?

Die SPD sieht, dass wir für eine erfolgreiche Arbeitswelt von morgen eine Weiterbildungsoffensive brauchen. Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut und aufeinander abstimmt werden – auch in Verbindung mit tariflichen Strategien. Dabei geht es um eine qualifizierte, unabhängige Beratung der Beschäftigten sowie das Recht, Weiterbildung in Anspruch nehmen zu können und dafür auch freigestellt zu werden. Im Rahmen einer Nationalen Weiterbildungskonferenz müssen die verschiedenen Weiterbildungsinstrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Nötig ist auch ein regionales

Fachkräftenmonitoring sowie Innovations- und Beratungszentren für Unternehmen zum Thema Arbeiten 4.0.

Die Kosten der Maßnahmen sowie die Sicherung des Lebensunterhaltes sollten – je nach Nutzen – fair zwischen Betrieb, Gesellschaft und dem oder der Einzelnen aufgeteilt werden. Es muss darum gehen, allen Beschäftigten die gleichen Chancen auf Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen. Das heißt auch, dass wir nicht nur im Schulbereich, sondern auch in der Weiterbildung die Aufhebung des Kooperationsverbots brauchen. Nur so können Bund und Länder in Sachen Bildung an einem Strang ziehen. Wir wollen, dass der Bund überall dort in Bildung helfen kann, wo es nötig ist. Im Bereich der Weiterbildung gibt es gegenwärtig auch noch sehr widersinnige und der Sache nicht förderliche Abgrenzungen und Schranken. Zum Beispiel ist es absurd, bei den Alphabetisierungsprogrammen streng zwischen allgemeiner Alphabetisierung und arbeits- und berufsbezogener Alphabetisierung zu unterscheiden und danach auch die Förderung strikt abzugrenzen. Auch bei der Weiterbildung muss es die Möglichkeit geben, dass sich Bund und Länder in freier Vereinbarung auf eine gemeinsame Förderung verständigen können. Denn Weiterbildung ist wichtig und in jedem Fall unterstützenswert.

Die GEW fordert, zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zurückzukehren. Wie sieht das Ihre Partei und welche Vorstellung haben Sie für mehr Gerechtigkeit in der Finanzierung der Krankenversicherung?

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger Deutschlands auf die gleiche Weise versichern. Das heißt im Klartext, dass unser Ziel definitiv die paritätische Bürgerversicherung ist. Arbeitgeber und Versicherte werden dann wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbetrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbetrag der Versicherten ab. Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben, damit Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken abgesichert sind. Denn für die SPD ist klar: gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen oder Wohnort abhängen.

Eine Bürgerversicherung bringt auch eine einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte mit sich. Damit richtet sich die Vergütung medizinischer Leistung endlich nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht danach, wie sie versichert sind. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung soziale Gerechtigkeit.

Frau Dr. Sitte, worin sehen Sie Ihren größten persönlichen Erfolg in sozialpolitischen oder bildungs- und wissenschafts-politischen Wirkungsfeldern?

Auch wenn ich ja persönlich als parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion leider nicht mehr so viel in dem Bereich wirke, hat es mich ganz besonders gefreut, dass wir beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz, auch mit Unterstützung der GEW (Andreas Keller), gegen die Union in einigen Bereichen Verbesserungen erwirken konnten. Gerade die Beschäftigungsbedingungen junger Nachwuchswissenschaftler*innen sind ja ein Leidenschaftsthema von mir, an dem ich viele Jahre gearbeitet habe und versuche weiter zu arbeiten.

Welche positiven oder negativen Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach die grundgesetzlich festgeschriebenen Bund-Länder-Beziehungen für die Entwicklung des Bildungssystems in Deutschland und in den Bundesländern? Sehen Sie Reformbedarf und, falls ja, welchen?

Mit der Grundgesetzänderung im Jahre 2006 ist die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung stark eingeschränkt worden. Seitdem entwickelt sich das Bildungssystem in Deutschland weiter auseinander. Dieser Wettbewerbsföderalismus ist schädlich für die Bildungsqualität in den Ländern. Alle Hilfsprogramme, die seitdem gestrickt wurden, sind zeitlich begrenzt und nicht weitreichend genug. Darum will die LINKE das Kooperationsverbot ganz aufheben und nicht nur, wie für den Hochschulbereich,



etwas lockern. Für mehr Vergleichbarkeit in der Bildung hat die LINKE Thesen für ein bundesweites Bildungsrahmengesetz entwickelt, die wir zur Diskussion stellen. Finden kann man die hier: <https://tinyurl.com/yb9gh2yn>

Die GEW plädiert mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ für eine bessere Bildungsfinanzierung und hat zudem ein eigenes „Steuerkonzept“ vorgelegt. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um mehr Mittel für die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft einsetzen zu können, u.a. für die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen, für die dauerhafte einheitliche Ausstattung der Schulen mit digitalen Unterrichtsmitteln bzw. für die Sanierung von Bildungseinrichtungen?

Die Defizite in der Bildungsfinanzierung sind deutlich höher als das Sanierungsdefizit von 34 Milliarden, das die KfW-Bankengruppe ➔



Dr. Petra Sitte,
MdB

<http://www.petra-sitte.de/>

➔ kürzlich festgestellt hat. Mehr Geld ist außerdem nötig für mehr Personal und seine Aus- und Weiterbildung, die Versorgung aller Schulen zum Beispiel mit Schulsozialarbeit, für bessere Rahmenbedingungen zur Umsetzung von Inklusion und natürlich auch für die Verbesserung der Ausstattung von Schulen für die digitale Bildung im umfassenden Sinne. Dabei geht es nicht nur um die Ausstattung der Schulen, sondern auch um die Aufgaben von Administrator*innen. Als kleine, aber nötige adhoc-Maßnahme sollte die Verfügbarkeit über ein digitales Endgerät ab sofort zum Schulbedarfspaket gehören. Wir wollen, dass der Bund sich stärker an der Bildungsfinanzierung beteiligt, als es derzeit der Fall ist. Dazu muss eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden. Der Bund muss Bildungsaufgaben dauerhaft mitfinanzieren können, ohne den Ländern ihre Hoheit wegzunehmen. So wird angesichts der veränderten Schülerzahlprognose ab 2025 ein Schulsanierungsprogramm nicht reichen. Wir brauchen ein Schulneubauprogramm. Zur Finanzierung all dessen haben wir ein Konzept entwickelt, dessen Kurzfassung hier zu finden ist: <https://tinyurl.com/yctqde2f>

Die Kindertagesbetreuung weiter auszubauen ist gesellschaftlicher Konsens. Würde Ihre Fraktion daran mitwirken, bundesweit einheitliche Standards in einem Kita-Qualitätsgesetz festzulegen und eine entsprechende Finanzierung durch den Bund abzusichern?

Ja, auch hier fordert DIE LINKE eine dauerhafte Finanzierungsbeitragsleistung des Bundes. Meine Fraktion hat schon in der vergangenen Wahlperiode die Forderung nach einem Kita-Qualitätsgesetz gestellt und die Forderungen in einem Antrag entsprechend aufgeschrieben (Drucksache Nr. 18/12164; <https://tinyurl.com/y7xwl3np>). Es geht aber auch um die Ausbildung einer großen Zahl pädagogischer Fachkräfte, damit die Personalstandards den pädagogischen Erfordernissen angepasst werden können. Besonders im Osten gibt es hier erheblichen Nachholbedarf.

Wie stehen Sie zu der GEW-Forderung, das BAföG der Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen und die Freibeträge für das Elterneinkommen zu erhöhen? Sind Sie dafür, das BAföG wieder von einem Teildarlehen zu einem Vollzuschuss zu entwickeln?

DIE LINKE fordert schon lange, die BAföG-Sätze entsprechend der Lebenshaltungskosten so anzuheben, dass die Ausbildung umfassend finanziert wird. Deshalb setzen wir uns für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto ein, das automatisch an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird. Daneben wollen wir die Altersgrenzen abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen. Auch Förderlücken wollen wir schließen, damit wieder mehr Menschen BAföG erhalten, denn zurzeit bekommt ja nur eine kleine Minderheit überhaupt BAföG. Um das zu finanzieren, wollen wir unter anderem die Bundesmittel für das in unseren Augen gescheiterte Deutschlandstipendium umwidmen.

Was halten Sie davon, ein Weiterbildungsgesetz zu schaffen, in dem bundesweit ein Recht auf geförderte Weiterbildung verankert ist?

Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als Pflicht zur Selbstoptimierung! Die allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil davon. In unseren Thesen für ein bundesweites Bildungsrahmen-gesetz schlagen wir ein solches umfassendes Recht auf Weiterbildung und Recht auf Bildungsfreistellung vor. Die gesetzlichen Regelungen sind dazu in den Ländern höchst unterschiedlich. Wir wollen aber, dass die Bildungsfreistellung für alle Bereiche der Weiterbildung gilt. Für berufliche Weiterbildung im Interesse oder auf Anlass des Arbeitgebers sind jedoch die Unternehmen selbst voll verantwortlich. Das betrifft sowohl ihre Finanzierung wie die entsprechende Freistellung von der Arbeit. Berufliche Neuorientierung, Umschulung oder Aufstiegsfortbildung soll ohne Altersgrenze und ohne andere Beschränkungen förderfähig sein. Die unterschiedlichen Förderinstrumente müssen dazu harmonisiert und auskömmlich ausgestaltet werden. Übrigens, mit den Volkshochschulen haben auch die Kreise und kreisfreien Städte ein Instrument an der Hand, das unabhängig vom Profitinteresse privater Bildungsanbieter dafür geeignet ist, auch für das Nachholen von schulischen Abschlüssen. Dazu wollen wir die Volkshochschulen finanziell stärken, damit sie ihr Leistungsangebot ausbauen und kostenfrei anbieten können.

Die GEW fordert, zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zurückzukehren. Wie sieht das Ihre Partei und welche Vorstellung haben Sie für mehr Gerechtigkeit in der Finanzierung der Krankenversicherung?

Eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle ist finanzierbar. Als LINKE wollen wir deshalb eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung (<https://tinyurl.com/yah8vsxh>), durch die der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um rund ein Viertel auf unter zwölf Prozent absinken wird. Wie gelingt uns das? Arbeitgeber und -nehmer*innen zahlen wieder paritätisch ein, zusammen mit allen anderen: Selbständige, Beamte, Politiker*innen. So kommen wir weg von der derzeitigen Zwei-Klassen-Medizin und können nebenbei 90 Prozent der Bevölkerung entlasten, denn auf Arbeitseinkommen unter etwa 6.250 Euro brutto pro Monat sinkt der Beitrag. In der Pflegeversicherung bietet unsere Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung auch Spielraum für Leistungsverbesserungen bis hin zur Pflegevollversicherung. Zuzahlungen für Zahnersatz oder Brillen können ebenfalls wegfallen. Und als Nebeneffekt hat eine Vorgängerstudie ermittelt, dass durch die resultierende Stärkung der Binnenkaufkraft positive wirtschaftliche Impulse gesetzt werden. Bis zu einer Million neue Arbeitsplätze können so geschaffen werden.

Wer sich übrigens ganz persönlich mal anschauen möchte, welchen Effekt unser Modell auf den eigenen Geldbeutel hat, kann das mit unserem Beitragsrechner hier machen: www.beitragsrechner.links-fraktion.de



Frau Lemke, worin sehen Sie Ihren größten persönlichen Erfolg in sozialpolitischen oder bildungs- und wissenschaftspolitischen Wirkungsfeldern?

Es muss endlich mehr Geld für Bildung zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch, den Rechtsrahmen für deren Qualität zu verbes-

sern. CDU/CSU und SPD im Bund haben außer vieler Versprechen und uneingelöster Ankündigungen, wie beispielsweise den Digitalpakt, nicht viel für verantwortungsvolle Bildungspolitik übrig gehabt. Bildungsungerechtigkeit wurde immer wieder den Spardiktaten und der schwarzen Null unterworfen. Wir kämpfen im Bundestag für ein neues Ganztagschulprogramm des Bundes, eine bessere Ausstattung der Berufsschulen, eine Ausbildungs-garantie für alle Jugendlichen, die die Schule verlassen, und eine BildungsZeit Plus für alle, die auch als Erwachsene noch lernen wollen. Dazu gehört für uns auch, dass Kinder ab dem zweiten Lebensjahr bis zur Einschulung einen Rechtsanspruch

auf ein ganztägiges Angebot frühkindlicher Bildung und Betreuung bekommen. Als ein Oberziel haben wir uns gesetzt, sieben Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands in die allgemeine Bildung zu investieren. Bisher sind es nur 4,2 Prozent. Außerdem wollen wir von Seiten des Bundes in den nächsten fünf Jahren zehn

➔ Milliarden Euro für die Sanierung von 10.000 Schulen bereitstellen, damit Kinder in einem modernen und gesunden Umfeld lernen können.

Welche positiven oder negativen Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach die grundgesetzlich festgeschriebenen Bund-Länder-Beziehungen für die Entwicklung des Bildungssystems in Deutschland und in den Bundesländern? Sehen Sie Reformbedarf und, falls ja, welchen?

Wir streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können. Wenn das umgesetzt ist, wollen wir, dass der Bund sich mit vier Milliarden Euro finanziell beteiligt, um den Aufbau von weiteren Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen. So könnte der Bund mithelfen, dass es für alle, die das wünschen, einen Platz an einer Ganztagschule oder in der Hortbetreuung gibt.

Sollte sich diese Verfassungsänderung noch hinziehen, wollen wir auf der Basis des neuen Art. 104c GG die finanzschwachen Kommunen deutlich stärker gezielt entlasten und den enormen Sanierungsstau auflösen. Dafür stellen wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir wollen Schulen auch für die digitale Zukunft fit machen. Denn die Qualität in Kita und Schule ist entscheidend. Gute inklusive Bildung setzt aber nicht nur eine intakte Bildungsinfrastruktur voraus. Sie klappt in Kitas und Schulen nur mit gut ausgebildeten Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Künstler*innen und Handwerker*innen. Deshalb verbessern wir den Betreuungsschlüssel in den Kitas und wollen mit einem Bundesprogramm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr pädagogischem Personal und mehr Mitteln ausstatten.

Die GEW plädiert mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ für eine bessere Bildungsfinanzierung und hat zudem ein eigenes „Steuerkonzept“ vorgelegt. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um mehr Mittel für die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft einsetzen zu können, u.a. für die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen, für die dauerhafte einheitliche Ausstattung der Schulen mit digitalen Unterrichtsmitteln bzw. für die Sanierung von Bildungseinrichtungen?

Unsere Antwort auf den GEW-Aufruf „Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung“ ist ein klares „Ja, genau dafür setzen auch wir uns ein!“. Es gibt keinen einzigen Forderungspunkt auf der Liste, den wir nicht unterschreiben könnten.

Wir schlagen den Ländern und mit ihnen auch den Kommunen eine gemeinsame Bildungsoffensive vor. Wir werden mehr Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen unterstützen. Wir wollen das Bildungs- und Teilhabepaket reformieren und eine grüne Ausbildungsgarantie schaffen. Das alles finanzieren wir, weil wir keine Steuersenkungen wollen, die vor allem Gutverdienenden zugutekommen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern Steuerüberschüsse gerade auch in Form von besserer Bildung zurückgeben.

Die Kindertagesbetreuung weiter auszubauen ist gesellschaftlicher Konsens. Würde Ihre Fraktion daran mitwirken, bundesweit einheitliche Standards in einem Kita-Qualitätsgesetz festzulegen und eine entsprechende Finanzierung durch den Bund abzusichern? Ja, wir setzen uns für ein Kitaqualitätsgesetz ein, mit dem bundesweit

Qualitätsstandards festgelegt werden – damit Erzieherinnen und Erzieher ausreichend Zeit für die Kinder, für Vor- und Nachbereitung und Elterngespräche haben. Unser Ziel sind gute Kitas überall. Eine Erzieherin oder ein Erzieher sollen künftig höchstens drei Kinder unter drei Jahren bzw. höchstens zehn ältere Kinder betreuen. Für den Ausbau des Angebots und zur Verbesserung der Qualität sehen wir vor, dass der Bund mit mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr eine größere Verantwortung für die frühkindliche Förderung übernimmt. Grundsätzlich ist unser Ziel, beitragsfreie Bildung von Anfang an – auch in Kitas. Jetzt muss aber in den Ausbau und in die starke Verbesserung der Qualität investiert werden. Klar ist, dass kein Kind von einer Kita ausgeschlossen sein darf, weil sich die Eltern diese nicht leisten können.

Wie stehen Sie zu der GEW-Forderung, das BAföG der Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen und die Freibeträge für das Elterneinkommen zu erhöhen? Sind Sie dafür, das BAföG wieder von einem Teildarlehen zu einem Vollzuschuss zu entwickeln?

Wir stimmen Ihren beiden Forderungen zu. Unser Plenarantrag (Drs. 18/11178) „geeignete Indexierungen für dynamische, regelmäßige und automatische Erhöhungen von Fördersätzen und Freibeträgen einzuführen“ fand im Juni 2017 leider keine Mehrheit. Wir werden uns aber auch in der nächsten Legislatur gegen Förderlücken einsetzen, wie sie zwischen 2010 und 2016 durch die Untätigkeit der großen Koalition entstanden sind. Im zweiten Schritt wollen wir die Studienfinanzierung zum Zwei-Säulen-Modell weiterentwickeln. In der ersten Säule erhalten alle Studierenden einen Studierendenzuschuss – einen gleich hohen Basisbetrag für alle. Mit der zweiten Säule kommt ein individuell bemessener Bedarfzuschuss hinzu. Beides soll, anders als das jetzige BAföG, ein Vollzuschuss sein.

Was halten Sie davon, ein Weiterbildungsgesetz zu schaffen, in dem bundesweit ein Recht auf geförderte Weiterbildung verankert ist?

Wir halten das für eine gute Idee, setzen uns in einem ersten Schritt für die individuelle Förderung von Maßnahme- und Lebenshaltungskosten ein. Mit der BildungsZeit Plus, einem Mix aus Darlehen und Zuschuss, unterstützen wir Erwachsene, die sich weiterbilden wollen. Damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur grünen Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die für alle Beschäftigten und Selbständigen da ist. Sie wird, anders als bisher, nicht erst im „Versicherungsfall Arbeitslosigkeit“ tätig, sondern unterstützt unter Berücksichtigung der Veränderung von Branchen und Kompetenzen vorbeugend mit Weiterbildungen und Qualifizierungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Die GEW fordert, zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zurückzukehren. Wie sieht das Ihre Partei und welche Vorstellung haben Sie für mehr Gerechtigkeit in der Finanzierung der Krankenversicherung?

Wir wollen die paritätische Finanzierung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herstellen. Zugleich wollen wir die Trennung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung überwinden und die Bürgerversicherung einführen. Damit wird die Finanzierung unseres Gesundheitswesens verlässlicher, stabiler und solidarischer. Wir stärken die Wahlfreiheit der Versicherten und verbessern die Qualität der Versorgung. Dadurch stärken wir Stabilität, Verlässlichkeit und Solidarität bei der Finanzierung unseres Gesundheitswesens.



Steffi Lemke, MdB

<https://steffi-lemke.de/>

Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung: Interaktives Wahltool und Unterrichtsmaterial

(EuW) Seit 2002 gibt es den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Mittlerweile hat er sich zu einer festen Informationsgröße im Vorfeld von Wahlen etabliert: Insgesamt wurde er im Vorfeld von Wahlen über 50 Millionen Mal genutzt. Auch für die anstehende Bundestagswahl wird eine entsprechende Version des Wahl-O-Mat vorbereitet.

Der Wahl-O-Mat ist ein Frage-und-Antwort-Tool, das zeigt, welche zu einer Wahl zugelassene Partei der eigenen politischen Position am nächsten steht. 38 Thesen können mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ beantwortet werden – alle zur Wahl zugelassenen Parteien können auf die gleiche Weise antworten. Auf diese Weise können die Nutzer die eigenen Antworten mit denen der Parteien abgeglichen.

Für den Einsatz des Wahl-O-Mat und von „Wer steht zur Wahl“ im Schulunterricht wurden begleitende Materialien entwickelt. Dieses

Unterrichtsmaterial in Form von Unterrichtsbausteinen, Arbeitsblättern, Unterrichtsentwürfen und einer Offline-Version des Wahl-O-Mat bilden den pädagogischen Werkzeugkasten. Sie wurden für weitgehend selbstständig arbeitende Lerngruppen im Unterricht ab Klasse 10 konzipiert und sollen den Schülerinnen und Schülern helfen, sich mit politischen Inhalten auseinanderzusetzen, sich zu Themen zu positionieren und ihre eigene Wahlentscheidung zu reflektieren.

→ <http://www.bpb.de/lernen/projekte/wahl-o-mat-im-unterricht/>



Tarifarbeit in Land und Bund: Mitglieder von Anfang an beteiligen!

Kollege Daniel Merbitz, langjähriger Gewerkschaftssekretär für Tarif- und Beamtenpolitik unseres Landesverbandes, wurde auf dem 28. Gewerkschaftstag der GEW in den Geschäftsführenden Vorstand der Bundes-GEW gewählt. Für die Redaktion sprach Kollege Hans-Dieter Klein an der Schnittstelle des Übergangs von der Landes-GEW zur Bundesverantwortung mit Daniel über sein neues Arbeitsfeld.



Foto: Kay Herschelmann

Daniel, wie lange hast du für die GEW-Sachsen-Anhalt gearbeitet? Was würdest du aus dieser Zeit als prägend für dich bezeichnen? Ich war 16 Jahre für den GEW-Landesverband Sachsen-Anhalt tätig. Die Zeit ist wie im Flug vergangen, was aber auch an der Fülle der Aufgaben lag. Prägend war die faszinierende Möglichkeit, Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder durch Tarifverträge zu gestalten. Dabei haben wir nicht selten aus einer Defensivposition heraus agiert. Ich erinnere mich dabei besonders an die schwierigen Jahre, wo wir Beschäftigungssicherung an den Kindertagesstätten und Schulen, aber auch an den Hochschulen betrieben haben. Oft waren die Frauen, die in den Kindertagesstätten gearbeitet haben, die einzigen Verdienner in der Familie, da die Männer durch das Wegbrechen und Abwickeln der Industriebetriebe oft arbeitslos wurden. Da hatten wir als GEW eine hohe Verantwortung. Und die Kolleginnen und Kollegen in den Kindertagesstätten und den Schulen haben Solidarität untereinander bewiesen. Sie haben die Arbeitszeitabsenkungen mitgetragen, damit keine betriebsbedingten Kündigungen aufgrund eines rechnerischen Personalüberhangs stattfinden. Heute kommt einem dies vor wie eine Geschichte aus einer anderen Welt, da jetzt überall händeringend pädagogisches Personal gesucht wird. Es war für unsere Mitglieder eine schwierige Zeit. Allein bei den Kindertagesstätten haben wir mit den Sozialtarifverträgen zeitweise bis zu 10.000 Kündigungen verhindert. Und eines habe ich gelernt: Das Mitglied kommt nicht zu uns, wir müssen zum Mitglied. Vor Ort sein, Basisarbeit leisten und die Mitglieder von Anfang an bei den Tarifobjekten beteiligen und die Sorgen und Nöte ernst nehmen, dies sind die entscheidenden Punkte. Das stärkt die Legitimation und schließt unsere Reihen.

Ich erinnere mich besonders an zwei Elemente deiner Arbeit, eines war die Mitarbeit im Hintergrund der Tarifverhandlungen vom

BAT/BAT-O zum TVöD bzw. TV-L, an denen ich ja auch beteiligt war, und das andere war deine unermüdliche Arbeit zur Tarifierung der Beschäftigungsbedingungen bei Freien Trägern der Jugendhilfe. Siehst du das genau so oder würdest du andere Schwerpunkte deiner Tätigkeit hervorheben?

Hans-Dieter, da hast du genau ins Schwarze getroffen. Der Reformprozess hin zum neuen Tarifrecht im öffentlichen Dienst hat in den Jahren 2004 bis 2006 viel Kraft und Energie gekostet. Und dann die gefühlten unendlichen Verhandlungen zu den neuen Entgeltordnungen im Bereich der Länder, des Bundes und der Kommunen in den Jahren 2008 bis 2015. Von der allgemeinen Entgeltordnung des TV-L bis hin zu den Aufwertungsrunden im Sozial- und Erziehungsdienst in den Jahren 2009 und 2015. Allein für die Anlage A zum TV-L haben wir etwa 15.000 Eingruppierungsmerkmale bearbeitet.

Jetzt bist du für die gesamte Tarif- und Beamtenpolitik der GEW verantwortlich. Worin siehst du den Unterschied zu deiner bisherigen Arbeit?

(lacht) Danke für die Frage, Hans-Dieter. Ich will und muss unsere GEW-Tarif- und Beamtenpolitik auf Bundesebene zusammenhalten. Dies ist nicht immer leicht. Es ist schon ein Unterschied, ob man als Landesverbandsvertreter agiert, manchmal auch kess, oder ob man die Gesamtverantwortung trägt. Die Welt der GEW ist bekanntermaßen bunt. Und dies ist zugleich unsere Stärke. Einheit durch Vielfalt. Ich brauche dazu die Unterstützung der Landesverbände, dies ist ganz klar.

Bisweilen wird behauptet, die GEW würde zu wenig Positives für die Beamtinnen und Beamten erreichen. Wie siehst du das?

Durch die unsägliche Föderalismusreform und die damit verbundene Verlagerung fast aller Kompetenzen im Beamtenrecht einschließlich des Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrechtes auf die Länder ist die Beamtenpolitik der GEW Sachsen-Anhalt seit den großen Beamtenrechtsreformen der Jahre 2010 und 2011 sehr anspruchsvoll und arbeitsintensiv geworden. Bis hin zu profanen Dingen, wie dass wir jetzt selbst als Landesverband für die Herstellung und den Druck der Besoldungstabellen zuständig sind. Nicht mehr der Bund, weil es keine bundeseinheitliche Besoldungstabelle mehr gibt. Die Hauptarbeit lag aber in der Begleitung der diversen Beamtenrechtsänderungen. Und da gab es ja auch Erfolge, denn durch das hartnäckige Agieren des GEW-Landesvorstandes konnte die A 13 für die Sekundarschullehrkräfte erstritten werden. Man darf nie vergessen, dies fand alles innerhalb der Friedenspflicht statt, da Beamtinnen und Beamte nach derzeitiger Rechtslage nicht streiken dürfen. Viel Zeit ist auch für die Hintergrundarbeit draufgegangen. Ich erinnere mich an endlose Beteiligungsgespräche oder Gespräche mit Innenarbeitskreisen der Fraktionen, wo Eva und ich viel Lebenszeit investiert haben. Manchmal konnten wir den größten Unsinn der Landesregierung noch abwenden, manchmal aber auch nicht, wie bei der weitgehend gestrichenen Sonderzuwendung. Aber dieser Aufwand ist selten sichtbar, es passiert ja im informellen Rahmen.

Auf dem Gewerkschaftstag gab es relativ wenig konkrete Anträge zum Tarifbereich, ausgenommen die Forderungen aus den Hochschulen, nach der E 13/A 13 besonders für die Grundschullehrer*innen und einiges zum sozialpädagogischen Bereich. Ist die Masse der GEW-Mitglieder kampfes müde oder gar mit ihren Bedingungen zufrieden? Das hoffe ich nicht! Und dies ist auch nicht meine Wahrnehmung. Eingruppierungsfragen sind immer Fragen, die längere Zeiträume brauchen, bis sie erfolgreich bearbeitet werden. Daher ist es unsere gemeinsame Herausforderung, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und auch unsere Mitglieder zu mobilisieren. Dies ist eine immer wiederkehrende Aufgabe aller Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Es ist eine klassische Daueraufgabe, denn nur zusammen sind wir stark und können etwas bewegen. Eine starke GEW ist die Voraussetzung für eine starke Tarif- und Beamtenpolitik. Da sind wir nicht kampfes müde, sondern putzmunter.

Bei den großen Streikkundgebungen in Magdeburg in den Tarifrunden, wurde – obwohl es Vergütungsrunden waren – immer auch, man möchte fast sagen sogar vordergründig, mit den Forderungen nach Entlastung und gegen die Verschlechterung der konkreten, ganz individuellen Arbeitsbedingungen mobilisiert. Wollen unsere Mitglieder nicht mehr Geld?

Unsere Mitglieder spüren den täglichen Druck in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen. Die Arbeitsbelastungen steigen permanent. Deswegen haben wir in diesem Jahr mit dem Slogan „Wir streiken für ein Schmerzensgeld“ sehr gut gepunktet bei unseren Mitgliedern. Aber wir dürfen dabei die freien Träger nicht vergessen, da ging es uns ausdrücklich und vordergründig ums Geld, denn der Abstand zum Entgeltniveau des öffentlichen Dienstes hat bis zu 25 Prozent betragen. In unzähligen Häuserkämpfen haben wir Verbesserungen erzielt, bis hin zur Paritätischen Tarifgemeinschaft.

Abschließend die obligatorische Frage: Was sind deine Schwerpunkte für die kommenden vier Jahre?

Die Herausforderungen sind klar: Wir wollen die Eingruppierungsregelungen für die Lehrkräfte an Schulen verbessern, die Paralleltabelle einführen, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Hochschulen aufwerten und natürlich die Bedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen und der Länder verbessern. Intern müssen wir gemeinsam – die Landesverbände und der Bund – die Organisation fit machen für das Beamtenstreikrecht, wofür wir seit Jahren politisch und juristisch kämpfen.

Und nun noch etwas ganz Persönliches: Wie wirst du es zukünftig mit dem Landesverband halten, in dem du dir die ersten tariflichen Spuren verdient hast?

Ich bleibe natürlich auch weiterhin Mitglied der GEW Sachsen-Anhalt und damit ein eifriger Leser der EuW Sachsen-Anhalt. Ich stehe euch außerdem immer gern mit Rat und Tat zur Seite. Auch auf dem kurzen Dienstweg ...

Angebot zur Kunstvermittlung: **So kinder-leicht kann Kunst sein**

Was ist Kunst? Wie wird sie gemacht? Warum? Fragen, die sich Kinder und Jugendliche oft stellen, wenn sie auf zeitgenössische Kunst stoßen. Spannend ist die Erkundung der Antworten umso mehr, wenn Kunstschaffende selbst ihre Werke und den Weg dorthin an die jüngere Generation vermitteln möchten. Die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt fördert seit über einem Jahrzehnt zeitgenössische Kunst. In den letzten Jahren ist das Thema der Vermittlung von Kunst immer öfter auf das Tableau der Wahrnehmung gerückt. So ist es auch der wachsende Zuspruch zum Format der Kinderkunstmittage im Rahmen der eigenen Stipendiatenausstellungen, an denen Künstlerinnen und Künstler mit Kindern arbeiten. Vor allem aber sind es die Reaktion von Pädagogen und die Nachfrage nach Angeboten aus der zeitgenössischen Kunst für eine jüngere Altersklasse. Das Team der Stiftung hat deshalb ein Kunstvermittlungsprogramm unter dem Label *kinder-leicht* initiiert, das speziell für Bildungseinrichtungen, Kindergruppen und Initiativen entwickelt wurde. Das Sonderförderprogramm *kinder-leicht* erweitert die künstlerische Arbeit der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Kunststiftung um eine pädagogische Dimension: Sie vermitteln ihren künstlerischen Ansatz, die spezifischen Techniken und dem Genre entsprechende Kenntnisse und Erfahrungen an die jüngere Generation. Die Genres reichen von Buchkunst über Film, Malerei, Medienkunst, Spieldesign bis hin zu Holzskulptur und Klangkunst. Fast 300 Stipendiaten wurden seit der Gründung der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt mit einem nationalen oder internationalen Arbeitsstipendium gefördert. Zahlreiche im Stipendium entstandene Werke erhielten hohe Anerkennungen durch Preise und Auszeichnungen, auch auf internationaler Ebene. Der direkte Zugang zu Kunst über die Künstlerinnen und Künstler selbst als erster Schritt zum Kunstverständnis ist bei dieser Vermittlungsform das Herzstück und prägt die nachwachsende

Generation. Die Möglichkeiten, Kindern und Jugendlichen Erfahrungsräume der zeitgenössischen Kunst erschließen zu lassen und ihr ästhetisches Denken als Fähigkeit des Menschen zu fördern, werden zum einen durch *kinder-leicht* unterstützt. Dieses Programm für zeitgenössische Kunstvermittlung bietet zum anderen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung die Chance, Erfahrungen in einem konkreten Prozess mit und für Kinder und Jugendlichen zu machen und vor allem, ihre eigenen Vermittlungskonzepte von Kunst zu entwerfen und zu denken. Vorstellbar ist, dass nachhaltig Modelle entwickelt werden, die richtungweisend für die Konzeptionierung von Kunstvermittlung sind. 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten wurden juriert



Foto: Matthias Ritzmann

und starten ab September 2017. Ein eigenes Maskottchen gibt es auch: die Grafikerin Claudia Dölling (Sisters of Design) entwickelte ein kleines, freches, neugieriges und wissbegieriges Teufelchen. Einen Namen hat sie/er noch nicht, denn ihre/seine Taufe steht noch aus. Denn der Startschuss mit einem bunten Auftakt fällt am 13. September 2017 um 10 Uhr im Stiftungssitz im Neuwerk 11 in Halle (Saale). An diesem Tag wird der kleine Teufel geboren und *kinder-leicht* ins Leben gerufen. Die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch freut sich sehr, zusammen mit dem Stiftungsratsmitglied Tony Loeser, das Programm *kinder-leicht* auf den Weg zu bringen. Bis zu 100 Kinder und an *kinder-leicht* teilnehmende Künstlerinnen und Künstler sind am 13. September eingeladen, den Beginn zu feiern und werden dem frechen Teufel einen Namen geben. Bildungsinstitutionen, Gruppen oder Initiativen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, können auf die Kunstvermittlungsangebote zugreifen. Die Angebote haben unterschiedliche Zeiträume und können zum Teil in Schulen, aber auch in den Ateliers oder an weiteren idealen Orten umgesetzt werden. Nach dem Start des Programms kann man auf der Website der Kunststiftung nachlesen, welcher Künstler, in welchem Genre und mit welchen Mitteln seine künstlerische Arbeit kommunizieren will. Zum Auftakt haben 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten ihr Konzept formuliert, eine entsprechende Auflistung kann unter www.kunststiftung-sachsen-anhalt.de durchstöbert werden. Ist etwas dabei? Dann flugs Interesse bekunden. Das Zueinanderfinden wird fachlich durch die Kunststiftung betreut.

Die Autorin Kathrin Westphal, Soziologin und Kulturmanagerin, arbeitet seit 2015 in der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt.

KUNSTSTIFTUNG
SACHSEN-ANHALT



Was ist das? Ein Kunstvermittlungsprogramm für Kinder und Jugendliche. KünstlerInnen vermitteln ihr Werk aus den verschiedenen Bereichen der Kunst wie Malerei, Film, Literatur, Schmuckdesign, Bildhauerei usw. anschaulich, verständlich und animierend an die jüngere Generation.

Für wen ist es gemacht? Das Programm richtet sich an alle Bildungsinstitutionen, Gruppen oder Initiativen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Wann geht es los? Der Start von *kinder-leicht* ist am **13. September 2017**. Eine Auflistung der Angebote ist zu finden unter www.kunststiftung-sachsen-anhalt.de.

Etwas Spannendes gefunden? Dann flugs Interesse per Mail bekunden an: kinder-leicht@kunststiftung-sachsen-anhalt.de.

Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt
Neuwerk 11, 06108 Halle (Saale)

Kritik neoliberaler Bildungsreformen:

Die Privatisierung des Bildungswesens ist ein Irrweg

Wissenschaftler haben Bildungssysteme untersucht und festgestellt: Länder, die die Ziele der neoliberalen Bildungsreform übernommen und der Privatisierung Tür und Tor geöffnet haben, haben ihre Leistungsergebnisse verschlechtert und soziale Segregation und Ungleichheit vergrößert. Das sollte der deutschen Bildungspolitik eine Warnung vor falschen bildungsökonomischen Versprechungen sein.

In der englischsprachigen Buchveröffentlichung unter dem Titel „Global Education Reform“ (2016) präsentiert eine internationale Wissenschaftlergruppe die Ergebnisse ihrer vergleichenden Fallstudien über Finnland und Schweden, Chile und Kuba, Kanada und USA. Die Autoren legen die theoretischen Wurzeln der neoliberalen Bildungsreform frei, die von dem US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman in den 1970er und 1980er Jahren intensiv verbreitet wurde. Von Friedman stammt die Idee der Bildungsgutscheine. Er behauptete, dass sie zur Verwirklichung des Bürgerrechts auf Bildung beitragen, weil damit nicht die Bildungsinstitutionen, sondern eigenverantwortliche Individuen staatlich gefördert würden.

Der „Bazillus“ der globalen neoliberalen Bildungsreform

Die neoliberale Agenda postuliert die Überlegenheit der Privatisierung mit ihrem marktgängigen, deregulierten Bildungsmodell gegenüber staatlich verantworteter und kontrollierter Bildung. Mit der Privatisierung des Bildungswesens soll ein produktiver, „gesunder“ Wettbewerb entstehen, der Leistungsverbesserungen und Effizienzsteigerung ermöglicht. Ergänzt um eine an Markt- und Managementstrategien orientierte Verwaltungsreform sollen die „Blockaden“ der etatistisch-bürokratischen Steuerung aufgebrochen werden.

Mit internationalen Leistungsuntersuchungen wie die PISA-Studien hat die OECD einen globalen Austausch und Wettbewerb von Bildungspolitikern in Gang gesetzt, die für die Verbreitung und Übertragung des neoliberalen „Bazillus“ sorgen, so die Autoren. Nach ihrer Darstellung sind inzwischen die Bildungssysteme in den meisten Ländern von diesem „Bazillus“ infiziert. In den USA machen Konzerne unvorstellbare Gewinne mit Testprogrammen und privaten „charter schools“ und drängen auch auf europäische Märkte. Die Weltbank sorgt mit ihrer Kreditpolitik dafür, dass auch ärmere Länder zentrale Bereiche ihrer Daseinsvorsorge wie die Bildung privatisieren müssen.

Kernelemente des Wettbewerbsmodells

Deregulierung, freie Schulwahl, Bildungsgutscheine, standardisierte Testverfahren und daran geknüpfte Sanktionen gehören zum Kernbestand der konsequenten Privatisierungsstrategie.

Die Basis für das neoliberale Wettbewerbsmodell ist die freie Wahl zwischen Schulen in privater und öffentlicher Trägerschaft. Private Schulen werden komplett staatlich finanziert, sind aber befreit von den „Zwängen“ staatlicher Regulierung. Die staatliche Finanzierung

folgt den individuellen Wahlentscheidungen für die präferierten Einrichtungen und wird über Bildungsgutscheine der „Bildungskonsumenten“ eingelöst.

Um die Institutionen in ihrer Leistungsfähigkeit messen und miteinander vergleichen zu können, werden sie an festgesetzten Leistungsstandards gemessen. Die Evaluation erfolgt testbasiert und extern. Werden Mindeststandards nicht eingehalten, können weitreichende Sanktionsmöglichkeiten von der Entlassung des Lehrpersonals bis zur Schulschließung zum Zuge kommen.

Mit der Veröffentlichung der Testergebnisse sollen die Abnehmer befähigt werden, die richtige Einrichtung auszusuchen. Für die am Bildungsmarkt konkurrierenden Bildungseinrichtungen sollen so Anreize zur Qualitätssteigerung geschaffen werden.

Negative Wirkungen

Die Forscher arbeiten in ihren Fallstudien heraus, dass dieses Modell der Vorstellung von ganzheitlich orientierter Bildung widerspricht und individuelle Förderung sowie eigenverantwortliches und anspruchsvolles Lernen be- bzw. verhindert. Die wettbewerbliche Standardisierung verengt das Curriculum in seiner inhaltlichen Breite und reduziert Komplexität auf eindeutig Messbares. Der Erwerb sozialer, kreativer und demokratischer Kompetenzen tritt hinter die bildungsökonomische Anpassung an extern vorgegebene Ziele in den „Kernfächern“ zurück.

Die pädagogische und fachliche Arbeit der Lehrkräfte wird deprofessionalisiert, da sie in ein System eingespant sind, das „teaching to the test“ geradezu verlangt. Externe Leistungsüberprüfungen werden zum Gegenstand von Überprüfung des Personals. Dies verführt Schulen und Lehrkräfte zum Betrug und zur Fälschung von Tests, wie die Forscher am Beispiel US-amerikanischer Verhältnisse aufzeigen.

Das öffentliche Schulwesen wird durch Privatschulen untergraben. Sie verstehen es, sich mit ihren Auswahlverfahren unliebsame Schülerinnen und Schüler „vom Leibe zu halten“, um sich damit Vorteile bei Leistungstests zu verschaffen und eine sozial besser gestellte Klientel an sich zu binden. Die Konkurrenz von öffentlichen und privaten Bildungsangeboten führt keineswegs zur Verbesserung der Schülerleistungen, wohl aber vergrößert sie soziale Ungleichheit und vertieft soziale Spaltung. Die einzigen Gewinner sind Unternehmen, die durch Einsparungen beim Personal und bei der Ausstattung beträchtliche Profite für sich erwirtschaften.

Schweden: vom demokratischen Schulmodell zum Marktmodell

„Eine Schule zu leiten und Kühlschränke zu verkaufen, das ist ein und dasselbe. Man muss in beiden Fällen das Ohr am Markt haben und verstehen, wo die Bedürfnisse der Konsumenten, der Schüler sind.“ Die Autoren der Studie charakterisieren mit diesem Zitat eines Betreibers von kommerziellen schwedischen Privatschulen den Wandel, der sich im schwedischen Schulsystem vollzogen hat. Der Bruch mit der sozialen und demokratischen Schultradition wurde von der liberal-konservativen Regierung in den 1990er Jahren eingeleitet, als sich die

Finanznöte der öffentlichen Haushalte auch in Schweden spürbar bemerkbar machten. Während in den 1950er Jahren der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die private Schulen mit einem religiösen oder pädagogischen Profil besuchten, nur ein Prozent betrug, besuchten 2010 mehr als 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 1 bis 9 der schwedischen Gesamtschule und fast 50 Prozent in der Sekundarstufe II im Jahr Schulen privater Anbieter. Statistiken weisen aus, dass inzwischen ein Viertel des schwedischen Schulsystems in privater Hand ist. Insbesondere die kommerziellen Schulfirmen unter den privaten Betreibern haben ihren Markt strategisch in den größeren Städten ausgeweitet und machen beträchtliche Gewinne.

Enormer Leistungsabfall

Die Fallstudie zu Schweden stellt den damit einhergehenden Leistungsverfall heraus. Bei PISA 2000 konnte Schweden noch einen Platz in der Spitzengruppe der Länder einnehmen. Bei PISA 2012 zeigte sich dagegen ein scharfer Leistungseinbruch in allen Kompetenzbereichen. Der OECD-Report bescheinigt Schweden eine signifikante Zunahme von Schülerinnen und Schülern ohne Grundkompetenzen und die Halbierung der leistungstarken Spitzenschülerschaft in Mathematik innerhalb einer Dekade. Zudem konstatiert die Fallstudie, dass die Wahlfreiheit sozial selektiv wirkt und zu einer Zunahme von Segregation und Ungleichheit führt.

Eine inflationäre Verteilung guter Schulnoten in einer Zeit, wo schwedischen Schülerinnen und Schülern ein deutlicher Leistungsabfall in internationalen Leistungsstudien bescheinigt wird, weist aus Sicht der Wissenschaftler auf den negativen Wettbewerbsdruck hin, dem die schwedische Lehrerschaft ausgesetzt ist.

Finnland: immun gegen den „Bazillus“

In Finnland ist der Bildungsbereich nicht dem Wettbewerb ausgeliefert worden, sondern in gesamtstaatlicher Kontrolle und Verantwortung geblieben. Es gibt nur 75 Privatschulen unter staatlicher Aufsicht.

Die Leitgedanken der finnischen Bildungspolitik sind, wie die Autoren betonen, Chancengleichheit und die bestmögliche Förderung aller Kinder in einer gemeinsamen Schule. Diese Einstellung hat sich seit der Einführung der flächendeckenden Gesamtschule bis heute um keinen Deut verschoben. Die Spitzenergebnisse in internationalen Vergleichsstudien beweisen, dass dies dem finnischen Bildungssystem gut bekommt.

Politik und Gesellschaft haben Vertrauen in ihre Schulen und in ihre Lehrerinnen und Lehrer. Lehrerbildung ist eines der wichtigsten Felder und entsprechend wird darin staatlich investiert. Nur die Besten werden zum Studium zugelassen und müssen nicht nur gute Noten, sondern ihre persönliche Eignung für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nachweisen.

Zusammenarbeit und Kultur des Vertrauens statt Wettbewerb

Anstelle des Wettbewerbs zwischen Schulen wird ihre Zusammenarbeit gefördert. Statt des standardisierten Lernens



➔ stehen die individuellen Lernbedürfnisse im Vordergrund und Kinder mit Förderbedarf werden besonders unterstützt. Anstelle von flächendeckenden testbasierten Leistungsüberprüfungen gibt es lediglich einzelne Stichproben, um Stärken und Schwächen des Systems zu identifizieren und es zu verbessern. Dass ausgerechnet Finnland mit seiner kritischen Einstellung zu PISA zum PISA-Helden geworden ist, empfinden die Wissenschaftler als besondere Ironie. Ein besseres Bollwerk gegen eventuelle Ansteckungsgefahren durch den „Bazillus“ als die exzellenten PISA-Ergebnisse ist aus ihrer Sicht kaum vorstellbar.

Das deutsche Privatschulsystem

In Deutschland können private Ersatzschulen in sogenannter freier Trägerschaft in Verantwortung von kirchlichen Organisationen, Sozialwerken, Vereinen und Personengesellschaften zu vergleichbaren Schulabschlüssen wie entsprechende Schulen in öffentlicher Trägerschaft führen. Dafür müssen sie bestimmte Auflagen für Genehmigung und Anerkennung durch das jeweilige Bundesland erfüllen. Sie finanzieren sich aus staatlichen Zuschüssen, Eigenanteilen und auch aus Elternbeiträgen, die je nach Träger stark differieren.

Elternbeiträge sollten zwar nach dem Grundgesetz so bemessen sein, dass „eine Sondierung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“. Berechtigte Zweifel an der Verfassungskonformität sind jedoch angebracht, wenn z.B. wie in Berlin das monatliche Schulgeld für Privatschulen auf der allergünstigsten Stufe bei 200 Euro beginnt und Befreiungen für Geringverdiener gar nicht vorgesehen sind.

Problematische Entwicklungstendenzen

Der nationale Bildungsbericht (2016) stellt

einen kontinuierlichen Anstieg der Privatschulen fest. Für den allgemeinbildenden Bereich konstatiert er seit 2004 eine Erhöhung um 33 Prozent. Elf Prozent des Schulangebots wird inzwischen von privaten Trägern gestellt. In den dünnbesiedelten ländlichen Gebieten Ostdeutschlands übernehmen kleine private Schulen inzwischen eine „Substitutionsfunktion“ für öffentliche Schulen, die wegen der demografischen Entwicklung auslaufen. Kritisch wird im Bildungsbericht auch ihre sozial selektive Funktion herausgestellt und angemerkt, dass die Schülerschaft an Privatschulen insbesondere in Großstädten aus sozioökonomisch günstigeren Verhältnissen als an öffentlichen Schulen stammt.

Dass Unternehmen über ihre Stiftungen schleichend in Schulgründungen einsteigen, ist inzwischen auch beobachtbar. Allerdings können profitorientierte Bildungskonzerne selbst (noch) keine eigenen Schulen gründen, dafür staatliche Vollfinanzierung kassieren und saftige Gewinne machen wie z.B. in den USA, Schweden und Chile. Das Geschäft mit der Bildung machen hierzulande kommerzielle Nachhilfeeinrichtungen mit Umsätzen im Milliardenbereich, wie die Hans-Böckler-Stiftung in einer aktuellen Studie festgestellt hat.

Zunahme des wettbewerblichen Drucks

Das kann sich aber jederzeit ändern, weil kommerzielle Bildungsanbieter Druck machen und staatliche Finanznöte gerne nutzen, um sich mit ihren angeblich günstigeren und besseren Angeboten ins Spiel zu bringen. Auch die FDP in NRW hat in ihrem Wahlprogramm die Einführung von Bildungsgutscheinen in Verbindung mit der freien Schulwahl vorgesehen.

Von wissenschaftlicher Seite unterstützt Prof. Ludger Wößmann, Leiter des ifo-Zentrums für Bildungsökonomik und Professor für Volkswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-

Universität München diese Absicht. Er hat 2016 im Auftrag der „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ eine Expertise mit dem Titel „Ein wettbewerblicher Entwurf für das deutsche Schulsystem“ vorgelegt.

Wößmanns Expertise bildet die neoliberale Bildungsagenda in ihren wesentlichen Grundzügen ab. Er begründet ihre Umsetzung mit Leistungssteigerung und größerer Chancengleichheit für benachteiligte Kinder. Letztere soll erbracht werden durch die vollständige finanzielle Gleichstellung der Privatschulen, die ihrerseits auf Schulgeld und die Auswahl der Schülerschaft nach sozialer Herkunft verzichten.

Dass dieses Versprechen „heiße Luft“ ist, weil freie Schulwahl sozial selektiv wirkt, hat auch die Studie von Thomas Groos über die Auswirkungen der freien Grundschulwahl in NRW im Rahmen des NRW-Projekts „Kein Kind zurücklassen“ gezeigt. Danach machen nachweislich Eltern mit niedrigem Sozialstatus deutlich weniger Gebrauch von der Wahlmöglichkeit, während mit steigendem Sozialstatus das Bedürfnis steigt, sozial benachteiligte Grundschulen zu meiden.

Die Grundgesetzänderung als „Hintertür“ für mehr Bildungsprivatisierung?

Aktuell plant die Bundesregierung noch vor der Sommerpause eine Verfassungsänderung. Diese soll dem Bund mehr Entscheidungsbefugnisse beim Bau und Betrieb von Infrastruktur wie Autobahnen, aber auch Schulen geben. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sollen in diesem Zusammenhang erleichtert werden. Die Sorge, dass damit die Bildung in den bildungsökonomischen Griff von Konzernen gerät, die nicht nur die Gebäude bereitstellen, sondern auch die Schulen betreiben wollen, ist berechtigt.

Dr. Brigitte Schumann

Literatur:

Adamson, Frank/
Astrand, Björn/
Darling-Hammond,
Linda (ed.): Global
Education Reform.
How privatization
and public invest-
ment influence
education out-
comes. New York
and London 2016

23. Bildungstag des GEW-K Jerichower Land:

„Beruf Lehrer*in/Erzieher*in – Traum oder Albtraum?“

Termin: Samstag, 21. Oktober 2017, 8:30 bis 13:30 Uhr
Ort: Uhland-Grundschule Genthin, Guerickestraße 11

Ablauf

9:00 Uhr Begrüßung
9:15 Uhr Workshops
11:15 Uhr Mittagspause (Erbsensuppe und Bockwurst)
11:45 Uhr Workshops

Workshops

- AG 1: „Geht es euch gut? – ein Wellnesspaket für Schule und Kita“
AG 2: „Zentangle – eine Kombination aus Zeichnen und Meditation“
AG 3: „Gegen die Götter in Weiß – der mündige Patient“: Arzthaftungsrecht, Rechte des Patienten, das neue Pflegegesetz
AG 4: „Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen“
AG 5: „WOWW, Work on what works – ein Programm zur lösungsorientierten Arbeit in Schulklassen“: WOWW ist nicht nur ein bevorzugter Ausruf für Anerkennung, sondern bezeichnet auch die lösungsorientierte Philosophie „Arbeite mit dem und an dem, was schon funktioniert, und nicht mit dem, was fehlt“
AG 6: „Mobbing im Sandkasten“: Ist Mobbing an Kitas im Vormarsch? Gibt es das oder gehört Hänkeln, Hauen und Drohen zur Entwicklung Drei- bis Sechsjähriger? Was ist normal und ab wann sollte professionell eingegriffen werden?

Anmeldung/Organisatorisches

Der Bildungstag richtet sich an interessierte Pädagog*innen, Studierende und Auszubildende (WT-Nr. ist beantragt). Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder der GEW beträgt 20 Euro, sie beinhaltet die Kosten

für die Teilnahme an einer Arbeitsgruppe und den Imbiss. Bei GEW-Mitgliedschaft – nur mit Nachweis – wird die Gebühr erlassen, für Direktstudenten und Auszubildende – nur mit Nachweis – beträgt die ermäßigte Gebühr 5 Euro.

Anmeldungen bis spätestens 22.9.2017 an: GEW-KV Jerichower Land, c/o Ingo Doßmann, Mühlenstraße 21, 39307 Parchen.

Verbindliche Anmeldung zum 23. Bildungstag des GEW-KV Jerichower Land am 21. Oktober 2017

Anmeldungen bis zum 22.9.2017 an: GEW-KV Jerichower Land, c/o Ingo Doßmann, Mühlenstraße 21, 39307 Parchen (Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!)

Name, Vorname:

Anschrift:

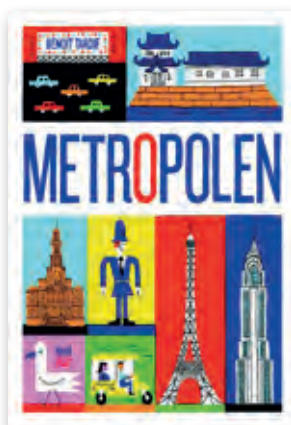
Tel.: E-Mail:

Einrichtung:

GEW-Mitglied: ☐ ja ☐ nein GEW-Mitgliedsnummer:

AG-Wunsch 1: AG-Wunsch 2: (Bitte angeben!)

Datum: Unterschrift:



Kinder- und Jugendliteratur-Tipp: 32 Metropolen

Benoit Tardif; Metropolen; Zürich, NordSüd 2017; ISBN 978-3-314-10365-0; Preis: 18,00 €, 64 Seiten; Altersempfehlung: ab 5 Jahre

Was fällt uns zuerst ein, wenn wir an London, Amsterdam oder Istanbul denken? Natürlich: die Tower Bridge, rote Telefonzellen, Grachten, Häuser mit schmalen Fassaden, die Bosphorus-Brücke, der Taksim-Platz und die Blaue Moschee ... Es sind die markanten Besonderheiten und Sehenswürdigkeiten, die die Erinnerung und das Allgemeinwissen prägen. Diese Inhalte sind auch Gegenstand der kleinen Galerie an Metropolenbildern, die Benoit Tardif in seinem neuen Bilderbuch vorlegt. 32 Metropolen der Welt werden so vorgestellt, je auf einer großformatigen Doppelseite eine Stadt. Die

Seiten bieten nur wenige strukturierte Basisinformationen, lediglich der Name der Metropole, die Einwohnerzahl, Verkehrssprache und Staatszugehörigkeit werden im Kopf notiert. Wie eine Parkettierung füllt sich die Doppelseite dann mit kleinen und großen Bildern, die

besondere Bauwerke, aber auch andere Sehenswürdigkeiten und Spezifika wie kulinarische Eigenarten, Märkte, Museen und andere interessante Aktionsmöglichkeiten zeigen.

Die Bilder sind kleine Informationskästen, die in flächenhaften, stark reduzierten und mitunter fast ikonisch verdichteten Formvarianten die Besonderheiten andeuten, ohne sie naturalistisch darzustellen. Es sind kombinierte grafische Zeichnungen und monochrome Drucke, die eine seltsam künstlich vereinfachte Szenerie bieten. Damit stecken in den Bildern manchmal aber auch schon Pointierungen und – mitunter auch leicht ironische – Wertungen, die kulturellen und ethnischen Einzigartigkeiten betreffend. Das scheinbar einfache Buch wird damit zum spannenden Erlebnisraum, der sich zwar mit Sachinformationen stark zurückhält und im Wesentlichen über Bilder funktioniert, dabei aber viel Raum für Erklärungen, Diskussionen und das Entwickeln von Fragen zur intensiveren Beschäftigung lässt; sehr zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter
für die AJuM Sachsen-Anhalt



Die GEW gratuliert nachträglich für August

98 Jahre

Herbert Ziegelmeier, Raguhn-Jeßnitz,
OT Lingenu

88 Jahre

Dr. Karl-Diether Gussek, Halle
Ingeborg Buchholz, Magdeburg

87 Jahre

Albert Vetter, Magdeburg
Christina Zaworski, Halle
Hannelore Buchheister, Seehausen

85 Jahre

Hannelore Thiele, Sülstorf
Ursula Grigoleit, Magdeburg
Gerhard Rose, Aken
Karl-Heinz Rasche, Magdeburg

84 Jahre

Hannelore Maurer, Haldensleben
Anneliese Kutzner, Magdeburg

83 Jahre

Maria Czarnetzki, Burg
Gerhard Wieprich, Hettstedt
Hannelore Fichtner, Naumburg,
OT Bad Kösen

82 Jahre

Hanna Jahn, Quedlinburg,
OT Gernrode

81 Jahre

Ingrid Stollberg, Magdeburg
Heinz Conradus, Röblingen am See

80 Jahre

Jürgen Trinkler, Bad Dürrenberg
Rosina Beier, Dessau-Roßlau
Inge Weinert, Oschersleben
Klaus Beinhoff, Magdeburg

79 Jahre

Renate Herold, Sanderhausen,
OT Wippra

Waltraut Schulte, Weißenfels
Hildegard Jäger, Wanzleben

78 Jahre

Kristina Ringel, Halle-Dölau
Melitta Jordan, Rottmersleben
Ingrid Hoehle, Weißenfels
Ursula Mädicke, Bitterfeld-Wolfen,
OT Greppin

Ursula Baum, Gardelegen, OT Sachau
Karin Wagner, Landsberg, OT Schwerz
Christa Ziesecke, Löderburg
Monika Simons, Jessen, OT Schweinitz
Waltraud Büschleb, Halle
Ekkehard Wulfänger, Klietz

77 Jahre

Elfriede Leber, Zerbst
Bernd Laue, Wettin-Löbejün,
OT Nauendorf
Dietmar Müller, Oschersleben
Hannelore Oemler, Plodda
Karin Preusse, Barneberg
Johanna Remahne, Sandersdorf-
Brehna

Iris Schmidt, Wernigerode
Christine Süß, Blankenburg
Bärbel Dauch, Zerbst
Jutta Hocke, Wischer
Ute Gellrich, Halle
Lothar Harnisch, Lützen

76 Jahre

Dr. Klaus Eberhardt Pabst, Halle

Gisela Unger, Oschatz

Waltraud Unger, Magdeburg
Hannelore Fanenbruck, Bellingen
Peter Thorack, Magdeburg
Rotraud Heise, Oschersleben
Ingrid Thielbeer, Salzwedel
Ursula Wilke, Dreileben
Rosemarie Köhler, Naumburg

75 Jahre

Horst Flügel, Klein Wanzleben
Kurt Pflüger, Haldensleben
Annerose Hoffmann, Halle
Dr. Klaus Gebser, Halle
Irene Schneider, Thale
Erika Schneider, Osterburg
Dagmar Hinsching, Wallhausen
Karin Suck, Nienburg
Gertrud Kratze, Wettin-Löbejün,
OT Rothenburg

Manfred Werner, Zerbst
Gabriele Langer, Magdeburg
Luise Koch, Halle
Gisela Wabnitz, Eisleben
Ilse Oppermann, Aschersleben
Lothar K. Neudeck, Halle

74 Jahre

Regina Ofenhammer, Kemberg
Heinrich Bassüner, Staßfurt
Ingrid Lange, Stendal
Urdha Sparing, Freist
Ingrid Hofmann, Sassnitz
Gunter Ranzinger, Haldensleben
Marlis Klitsch, Scharlibbe
Willi Kannegiesser, Barby

Werner Reckziegel, Kemberg,
OT Radis

73 Jahre

Doris Weidel, Calbe
Regine Gebhardt, Dessau-Roßlau
Monika Berner, Halle
Marga Zenker, Dessau-Roßlau
Karla Resch, Leipzig
Monika Knackmuss, Harzgerode
Bärbel Mehlhorn, Köthen
72 Jahre
Heide Korn, Magdeburg
Marlis Krüger, Haldensleben
Barbara Kühne, Dessau-Roßlau
Erwin Duda, Halberstadt
Regina Jäschke, Wittenberg
Heribert Pfennig, Querfurt
Lieselotte Fritzsche, Gräfenhainichen
Dieter Schluricke, Magdeburg

71 Jahre

Barbara Baudler, Bernburg
Heidrun Wokittel, Halle
Susanne Geissler, Halberstadt
Hans-Wolfgang Kothe, Halle

70 Jahre

Christine Böhme, Hohe Börde
Barbara Dietrich, Halle
Heinrich Stützer, Bülstringen
Walter Güssefeld, Gardelegen,
OT Mieste
Dr. Heinz Rössel, Teutschenthal,
OT Langenbogen
Klaus-Jürgen Müller, Zerbst
Margit Kühne, Haldensleben



Nachruf

Mit tiefer Betroffenheit erhielten wir die Nachricht, dass unser langjähriges Vorstandsmitglied, **Uwe Fischer**, verstorben ist.

Wir haben mit Uwe ein aktives GEW-Mitglied, das sich stets kritisch und konstruktiv für die Belange der Mitglieder eingesetzt hat, verloren. Zuverlässig hat er seine Aufgaben erfüllt und seine Hilfsbereitschaft war lobenswert. Viele Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Erzieherinnen und Erzieher haben diese Eigenschaften von Uwe in unserem Landkreis schätzen gelernt.

Wir werden sein Andenken in unserer Organisation bewahren und ihn als liebenswerten Menschen in Erinnerung behalten.

GEW-Kreisvorstand Bördekreis

Wir gedenken der Verstorbenen

Ernst Block, Dähre

Uwe Fischer, Hermsdorf

Renate Grossert, Dessau-Roßlau

Frank Herzog, Tangerhütte

Ruth Schmidt, Ziegelroda

Renate Schüttauf, Zahna-Elster

Charlotte Tietz, Halle

Filmvorführung als Mitgliederwerbung: „Zwischen den Stühlen“

(EuW) Nach der erfolgreichen Aufführung des Films „Zwischen den Stühlen“ am 20. Juni sind nun weitere Veranstaltungen geplant. Der Dokumentarfilm, welcher drei Lehrkräfte durch ihren Vorbereitungsdienst begleitet, kam bestens an und sorgte mit seinen vielen kleinen Anspielungen auf die Ironieen des Schulalltags für viel Heiterkeit.

Die GEW lädt deshalb zu folgenden zwei Terminen erneut ein:

am Dienstag, **17. Oktober 2017** im „Luchs.Kino am Zoo“, Seebener Straße 172, 06114 Halle, und

am Dienstag, **24. Oktober 2017** im „Oli Lichtspiele Magdeburg“, Olvenstedter Straße 25, 39108 Magdeburg,

Einlass ist jeweils um 18 Uhr, Beginn der Filmvorführung um 19 Uhr. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Diskussion mit Vertreter*innen der GEW und zur Information über die Mitgliedschaft in der Bildungsgewerkschaft.



GEW-Senioren Magdeburg: Veranstaltungen 2. Halbjahr

- Do., **14. Sept.** 14 Uhr, Bürgerhaus Magdeburg-Cracau: Informationen zum Veranstaltungsplan und „Reisebericht von meiner Kreuzfahrt nach Norwegen und Spitzbergen 2005“, Eberhard Heidecke
- Do., **28. Sept.** 14 Uhr, Bürgerhaus: „Von ‚Inselndrachen‘ und ‚Waldmenschchen‘ – Streiflichter aus Indonesien“, Dr. Helmut Rönike (URANIA)
- Do., **12. Okt.** 14 Uhr, Bürgerhaus: „Es war einmal – Bildreihe der Busreise zum Bodensee und in die Schweiz 2008“, Karl Heinz Rasche
- Do., **19. Okt.** 14 Uhr, Bürgerhaus: „Das Wasserstraßenkreuz bei Magdeburg“, Detlev Duckstein (URANIA)
- Do., **26. Okt.** 14 Uhr, Bürgerhaus: „Gespräch zum seniorenpolitischen Konzept der Stadt Magdeburg“
- Do., **9. Nov.** 14 Uhr, Bürgerhaus: „Mit offenen Augen durch die Natur an der Elbe und Umgebung“ – Herr Schrader aus Barby hat seine Beobachtungen fotografiert
- Do., **23. Nov.** 14 Uhr, Bürgerhaus: „Interessantes und Lustiges aus der Tierwelt“ zeigt Karl Heinz Rasche in einer Bildreihe
- Do., **7. Dez.** 14 Uhr, Bürgerhaus: „Weihnachtsfeier“, verbunden mit der Gratulation zum 90. Geburtstag Eberhard Heideckes

Die GEW gratuliert im September

91 Jahre

Käthe Pudlat, Seegebiet Mansfelder Land, OT Wansleben

Horst Hoffmann, Weißenfels

90 Jahre

Ottokar Ulrich, Halle

88 Jahre

Erika Cramer, Niederndodeleben

87 Jahre

Reinhard Koch, Halle

86 Jahre

Susanne Rühlmann, Halle

Rudolf Heinrich, Weferlingen

Günter Sprengel, Dessau-Roßlau

Jutta Krusche, Dessau-Roßlau

85 Jahre

Gerda Wenzel, Wernigerode

Siegfried Kamuf, Halle

Johann Lubienski, Weißenfels

84 Jahre

Ewald Walter, Zörbig,

OT Salzfurkapelle

Artur Meister, Thale, OT Westerhausen

Magdalena Wesemann, Langeln

Marianne Leppek, Mansfeld

Lothar Pankrath, Sandersdorf-Brehna

83 Jahre

Dieter Britzke, Zeppernick,

OT Wendgräben

Anneliese Reichhardt, Salzwedel

82 Jahre

Waltraud Sauer, Stendal

Ingrid Goessling, Derenburg

Irmgard Augustin, Halle

Hannelore Matthies, Halle

Inge Fehst, Weißenfels

Gisela Portz, Halberstadt

81 Jahre

Dr. Günther Sönnichsen, Beetzendorf

Brigitte Böttcher, Darlingerode

Inge-Lore Lobenstein, Wedringen

80 Jahre

Dr. Dieter Sylla, Halle

Hans-Joachim Herzberg, Schönebeck

Dorothee Klaschka, Burg

Ursula Mai, Lindau

79 Jahre

Margitta Breddin, Stendal

Paul-Georg Szogs, Oschersleben

Irene Bivour, Veckenstedt

Günter Marquardt, Köthen

Johanna Lange, Stendal, OT Möringen

Alfred Falk, Gommern

Waltraud Noack, Kalbe, OT Kakerbeck

78 Jahre

Dietmar Lorenz, Aken

Sieglinde Hackert, Ziegelroda

Renate Engberg, Halle

Renate Schumacher, Naumburg

Ilse Becker, Halberstadt

Gisela Kamann, Merseburg

Gisela Wenzel, Zerbst

Barbara Groebel, Halberstadt

Marlis Wetzel, Halle

77 Jahre

Gislinde Hopstock, Sangerhausen,

OT Oberröblingen

Hella Ermisch, Mansfeld,

OT Hermerode

Berndt Meudtner, Magdeburg

Brigitte Risthaus, Halberstadt

Horst Ehrig, Wallwitz

Gertrud Knopf, Groß Rosenburg

Hans-Dieter Boelecke, Dessau-Roßlau

Christel Sommer, Halle

Jutta Steingrüber, Dessau-Roßlau

Berthilde Born, Halle

Anneliese Szameit, Hindenburg

Ursula Schinke, Halberstadt

76 Jahre

Karin Däbritz, Dessau-Roßlau

Rosemarie Senger, Haldensleben

Jutta Sprengler, Kaiserpfalz,

OT Memleben

Dr. Gernot Bleicher, Wernigerode

Gisela Hauptmann, Halberstadt

Gerda Schurig, Schkopau,

OT Wallendorf

Barbara Vinzelberg, Magdeburg,

OT Pechau

Doris Oestreich, Hohenwulsch

Maritta Mundt, Naumburg

Evelin Werfel, Weißenfels

Helga Bollmann, Steutz

Margit Weikert, Staßfurt

75 Jahre

Vera Hennig, Stendal

Edelgard Schnelle, Magdeburg

Rüdiger Kratze, Wettin-Löbejün,

OT Rothenburg

Heide Hartung, Halle-Neustadt

Brigitte Schwenck, Burg

Ingrid Seitz, Bernburg

Hans Güth, Zerbst

Hanna Grünewald, Dessau-Roßlau

Gerhard Lewerenz, Ballenstedt

Gisela Boguth, Querfurt

Sieglinde Kamuf, Halle

Klaus Otto Ehme, Eckartsberga

Ruth Polep, Oebisfelde

74 Jahre

Hans-Herbert Giese, Mansfeld,

OT Ritzgerode

Adelheid Malysa, Bornstedt

Marlis Boettge, Magdeburg

Karin Harnisch, Lützen

Elke Meudtner, Magdeburg

Dagmar Baumgarten van Mark,

Magdeburg

Brigit Schwiene, Wasserleben

Magdalene Nitz, Magdeburg

Heinz Borchert, Diesdorf

Renate Nitze, Wittenberg

73 Jahre

Helene Strümpel, Dessau-Roßlau

Hannelore Kittler, Sandersdorf-

Brehna

Edda Führ, Arendsee

Ingrid Gaudig, Dessau-Roßlau

Eva Mattkay, Ziegelroda

72 Jahre

Ingeborg Pfennig, Querfurt

Gabriele Janssen, Schwanebeck

Veronika Holznagel, Egeln

Sieglinde Fritzsche, Benndorf

Prof. Dr. Hartmut Wenzel, Brachwitz

Esther Nitsche, Schönebeck

Anneliese Fischer, Köthen

Heidemarie Tominski, Wittenberg

70 Jahre

Klaus Eckhardt, Rogätz

Edeltraud Fröse, Jena-Winzerla,

OT Winzerla

Ulla Vaskovits, Halle

Hanne-Lore Albrecht, Burg

Inge Patzelt, Löderburg

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantw.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius, Bärbel Riethausen

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzügl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2017; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation: Thomas Westermann, Bahnhofstr. 21, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net, und Partner

schulfahrt.de *Klasse Reisen. Weltweit.*

<p>z. B. Gardasee 7 Tage inkl. Prog. m. Verona + Venedig</p> <p>ab 229,- €</p> <p>Schulfahrt Touristik SFT GmbH Herrengasse 2 01744 Dippoldiswalde</p>	<p>z. B. Dublin 5 Tage inkl. Prog. Flugreise</p> <p>ab 279,- €</p> <p>Ihr Reiseveranstalter Tel.: 0 35 04/64 33-0 Fax: 0 35 04/64 33-77 19</p>
<p>www.schulfahrt.de</p>	



Neues Konto? Neue Adresse? Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

Änderungsmeldung:

Name, Vorname:

Kreisverband:

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.:

Anschrift:

Telefon:

Bankverbindung:

Kontoinhaber:

IBAN

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Tätigkeitsbereich:

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen
Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche)

GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“, K 6549

Ein großes Ereignis ...

... wirft seinen Schatten voraus. Deshalb werden in den Kaufhallen jetzt schon Stollen und Weihnachtsmänner verkauft. In diesem Jahr haben wir die Bescherung nicht wie gewöhnlich am 24. Dezember, sondern bereits am 24. September. An diesem Tag dürfen alle ihren Wunschzettel ausfüllen. Und Punkt 18:00 Uhr wird es dann in vielen Familien heißen: eine schöne Bescherung. Dieser Gedanke liegt jedenfalls nahe, wenn man sich die Weihnachtsmänner ... äh, die Kandidaten so anschaut, spaziert man in diesen Tagen durch Plakatistan. Ich meine, wenn man an den ganzen Pappköpfe vorbei geht ... äh, wenn man an den Köpfe vorbei geht, die auf den Pappen drauf sind, fragt man sich, was sich die Werbeagenturen dabei gedacht haben. Zum Beispiel bei Burkhard Lischka von der SPD. Da steht ein Riesenaufsteller rum, auf dem wiederum der Lischka rumsteht mit verschränkten Armen, mich als Betrachter gar nicht anschaut, sondern den Blick abgewandt hat, irgendwohin ins Weite – wahrscheinlich Richtung Berlin. Dabei lautet sein Wahl-Spruch: „Menschen zuhören, Probleme anpacken.“ Da frage ich mich als Wähler: „Wie will der mir zuhören, wenn er wegguckt, und wie will er mit den verschränkten Armen Probleme anpacken?“ Das ist doch Antiwerbung. War der Plakatgestalter vielleicht CDU-Mitglied? Auf einem anderen Lischka-Plakat steht: „Voller Einsatz“. Ja, aber wobei denn und wofür? „Voller Einsatz“ – mit der Aussage könnte man sich auch als Croupier in einer Spielbank bewerben.

Wobei, ein Parlament ist ja auch so eine Art Roulette. Hat man ja in Niedersachsen gesehen. Da kugelte jetzt eine Abgeordnete von Rot-Grün auf Schwarz: Rien ne va plus – nichts geht mehr. Jetzt muss die ganze Spielhölle ... äh, der ganze Landtag aufgelöst und neu gewählt werden. Da fragt man sich doch als Wähler: Warum wählste denn überhaupt noch, wenn die Abgeordneten dann plötzlich die Fronten wechseln? Wie sagte schon Tucholsky: Da wählste gerade eine Grüne und dann haste plötzlich eine Schwarze. Oder so ähnlich. Das ist doch Wählerbetrug. Eigentlich müssten alle Kandidaten vorher eine Verpflichtungserklärung unterschreiben. Also, jetzt nicht Stasi, sondern mehr so eine BND-Verpflichtung: Bitte Nicht Desertieren. Aber die anderen Parteien sind ja auch nicht besser

in ihrer Werbung. Tino Elend von der CDU. ... Nee, Sorge heißt der: Tino Sorge! Bei dem ist das Elend, dass auf dem Plakat auch nicht zu erkennen ist, wofür er steht, sondern nur wo er sitzen will: „Tino Sorge – Für Sie im Bundestag.“ Mit ihm hätte dann der Bundestag eine Sorge mehr. Und die anderen Parteien ... Die gucken Sie sich am besten selber genau an. Denn nicht nur bei der Berufswahl gilt: Augen auf!

Der Beitrag wurde auch bei MDR Sachsen-Anhalt gesendet.

..... Hans-Günther Pölit